



## Beschluss-Protokoll

der 8. und 9. Sitzung, Amtsjahr 2023-2024

Mittwoch, den 22. März 2023, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

**Vorsitz:** *Bülent Pekerman, Grossratspräsident*

**Protokoll:** *Beat Flury, I. Ratssekretär*  
*Tamara La Scalea, II. Ratssekretärin*

**Abwesende:**

22. März 2023, 09:00 Uhr  
8. Sitzung *Patrizia Bernasconi (GAB), Lukas Faesch (LDP), Edibe Gölgeli (SP), Toya Krummenacher (SP), Bruno Lötscher (die Mitte/EVP), Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP), Lea Wirz (GAB).*

22. März 2023, 15:00 Uhr  
9. Sitzung *Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP), Patrizia Bernasconi (GAB), Lukas Faesch (LDP), Toya Krummenacher (SP), Bruno Lötscher (die Mitte/EVP), Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP), Lea Wirz (GAB).*

### Verhandlungsgegenstände:

Mitteilungen	3
10. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ausgabenbericht betreffend Ausgabenbewilligung für die Durchführung eines Varianzverfahrens und die Projektierung der Neugestaltung des Barfüsserplatzes sowie zum Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Masterplan Barfi - für eine Attraktivitätssteigerung unseres Innenstadtzentrums und Mitbericht der Bau- und Raumplanungskommission	3
11. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Gewährung eines Darlehens an die Stiftung AHBasel für einen Neubau für eine spezialisierte, kurzzeitstationäre Jugendeinrichtung am Nonnenweg 76 in Basel	4
12. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Staatsbeiträge an den Verein für Kinderbetreuung Basel für die Elternberatung, an den Verein Familien-, Paar- und Erziehungsberatung fabe und an den Verein Jugendarbeit Basel für die Jugendberatung für die Jahre 2023 bis 2026	5
13. Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission betreffend Achter Bericht über die Leistungs-, Kosten- und Prämienentwicklung sowie die Massnahmen zur Dämpfung der Höhe der Gesundheitskosten gemäss § 67 Abs. 2 des Gesundheitsgesetzes	7
14. Ratschlag zu einer Teilrevision des Gesetzes über die direkten Steuern vom 12. April 2000 (Steuergesetz, StG)	7
15. Bericht der Petitionskommission zur Petition P456 "Gegen Tempo 30 auf Hauptstrassen"	12
17. Motionen 1 - 4	13
18. Anzüge 1 bis 5	15
19. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion der Bau- und Raumplanungskommission und Bildungs- und Kulturkommission für eine langfristige und vorausschauende Schulraumplanung	18

20.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Brigitte Gysin und Konsorten betreffend Vertretung der Tagesstrukturen in den Schulräten	19
21.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Andreas Zappalà und Konsorten betreffend Einführungsklassen an allen Schulstandorten	19
22.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 4 Heidi Mück betreffend Provisorium für die Primarschule Kleinhüningen auf dem ExEsso-Areal an der Uferstrasse	20
23.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 9 Jessica Brandenburger betreffend Übertritt von geflüchteten Jugendlichen an weiterführende Mittelschulen	20
24.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 10 Catherine Alioth betreffend Förderung der Mobilität von Basler Studierenden	20
25.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 13 Christian von Wartburg betreffend die Auswirkungen der Neuerung per 01.01.2022 der Richtlinien für die Gewährung von Betreuungsbeiträgen	21
26.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 17 Barbara Heer betreffend 1 Franken fürs Znüni Tagesfamilien hören auf	21
27.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Heiner Vischer und Konsorten betreffend Feedback zu Kundenkontakt in der Verwaltung	21
28.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend 1. August ohne offizielle Feuerwerke in Basel (stehen lassen) sowie zum Anzug Esther Keller und Konsorten betreffend Prüfung von Alternativen zu Silvesterfeuerwerk	22
29.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Pascal Messerli und Konsorten betreffend Basler Preis für Zivilcourage	22
	 Anhang A: Abstimmungsergebnisse	 24
	Anhang C: Neue Vorstösse	48

### **Beginn der 8. Sitzung**

Mittwoch, 22. März 2023, 09:00 Uhr

### **Mitteilungen**

[22.03.23 09:00:33]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe vorerst folgende Mitteilungen:

### **Rücktritt aus dem Grossen Rat**

David Trachsel hat als Mitglied des Grossen Rates auf den 28. April 2023 den Rücktritt erklärt. Wir werden David Trachsel an seiner letzten Sitzung im April gebührend verabschieden.

### **Letzte Sitzung von Grossrätin Karin Sartorius**

Karin Sartorius hat heute ihren letzten Sitzungstag bei uns. Karin Sartorius ist seit 1. Mai 2020 Mitglied des Grossen Rates. Sie war Mitglied der Bildungs- und Kulturkommission und ist aktuell in der Gesundheits- und Sozialkommissionen sowie in der Petitionskommission, welche sie auch seit dieser Legislatur präsidiert. Karin Sartorius wird uns aufgrund ihres letzten Sitzungstages heute Morgen den Kaffee spendieren.

Ich bedanke mich bei Karin Sartorius für die dem Kanton geleisteten Dienste und die grosszügige Geste und wünsche ihr für ihre private, berufliche und politische Zukunft alles Gute.

[Applaus]

### **Kaffeespense heute Nachmittag**

Grossrat Beat K. Schaller hatte gestern Geburtstag und spendiert uns aus diesem Grund heute Nachmittag den Kaffee. Im Namen des Grossen Rates gratuliere ich Beat K. Schaller ganz herzlich nachträglich zu seinem Geburtstag und bedanke mich für diese grosszügige Geste.

[Applaus]

### **Keine Nachtsitzung heute**

Ich möchte Sie darüber informieren, dass ich heute keine Nachtsitzung plane. Falls wir nicht alle Traktanden abarbeiten können, sollten wir auch im April noch genügend Zeit dafür haben.

Ich habe mir auch vorgenommen, dass ich Sie zukünftig früher darüber informiere, ob ich eine Nachtsitzung einplane oder nicht. Idealerweise sage ich dies immer am Ende des ersten Sitzungstages.

## **10. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ausgabenbericht betreffend Ausgabenbewilligung für die Durchführung eines Varianzverfahrens und die Projektierung der Neugestaltung des Barfüsserplatzes sowie zum Anzug Joël Thüning und Konsorten betreffend Masterplan Barfi - für eine Attraktivitätssteigerung unseres Innenstadtzentrums und Mitbericht der Bau- und Raumplanungskommission**

[22.03.23 09:03:26, UVEK / BRK, BVD, 22.0703.02 20.5389.03, BER]

Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission und die Bau- und Raumplanungskommission beantragen, Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 1'400'000 zu bewilligen.

Voten: *Raphael Fuhrer, Präsident UVEK; Jeremy Stephenson, Präsident BRK; RR Esther Keller, Vorsteherin BVD; Brigitte Kühne (GLP); Joël Thüring (SVP)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

**Detailberatung**

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Alinea 1 Durchführung eines Varianzverfahrens

Alinea 2 Projektierung der Neugestaltung

Publikationsklausel

**Schlussabstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**88 Ja, 1 Nein.** *[Abstimmung # 583, 22.03.23 09:19:07]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

Für die Durchführung eines Varianzverfahrens sowie zur Projektierung der Neugestaltung des Barfüsserplatzes werden einmalige Ausgaben im Umfang von Fr. 1'400'000 bewilligt. Diese Ausgaben teilen sich wie folgt auf:

- Fr. 600'000 für die Durchführung eines Varianzverfahrens zu Lasten der Planungspauschale des Bau- und Verkehrsdepartements.

- Fr. 800'000 für die Projektierung der Neugestaltung des Barfüsserplatzes zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Investitionsbereich 1 «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur»

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Die UVEK beantragt, den Anzug Joël Thüring und Konsorten als erledigt abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend den Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Masterplan Barfi - für eine Attraktivitätssteigerung unseres Innenstadtzentrums als erledigt abzuschreiben.

Anzug 20.5389.03 ist erledigt.

**11. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Gewährung eines Darlehens an die Stiftung AHBasel für einen Neubau für eine spezialisierte, kurzzeitstationäre Jugendeinrichtung am Nonnenweg 76 in Basel**

*[22.03.23 09:19:34, BKK, ED, 22.1246.02, BER]*

Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, ein Darlehen in der Höhe von insgesamt Fr. 12'620'000 zu bewilligen.

Voten: *Franziska Roth, Präsidentin BKK; RR Conradin Cramer, Vorsteher ED*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

**Detailberatung**

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikations- und Referendums Klausel

**Schlussabstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**86 Ja, 1 Nein.** [*Abstimmung # 584, 22.03.23 09:26:10*]

**Der Grosse Rat beschliesst**

Der Regierungsrat wird ermächtigt, der Stiftung AHBasel im Rahmen ihres Bauprojekts ein rückzahlbares und verzinsbares Darlehen in Höhe von maximal Fr. 12'620'000 für einen Neubau der Einrichtung zu gewähren.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

**12. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Staatsbeiträge an den Verein für Kinderbetreuung Basel für die Elternberatung, an den Verein Familien-, Paar- und Erziehungsberatung fabe und an den Verein Jugendarbeit Basel für die Jugendberatung für die Jahre 2023 bis 2026**

[22.03.23 09:27:34, BKK, ED, 22.0677.01, BER]

Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt Fr. 12'756'000 zu bewilligen.

Voten: *Franziska Roth, Präsidentin BKK; RR Conradin Cramer, Vorsteher ED*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

**Detailberatung**

Grossratsbeschluss 1

Titel und Ingress

1. Staatsbeiträge Verein für Kinderbetreuung Basel

2. Teuerungsausgleich

Publikations- und Referendums Klausel

### **Schlussabstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**86 Ja, 1 Nein.** [Abstimmung # 585, 22.03.23 09:35:45]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

1. Für den Verein für Kinderbetreuung Basel werden für die Elternberatung für die Jahre 2023 bis 2026 Ausgaben von insgesamt Fr. 4'000'000 bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

### **Detailberatung**

Grossratsbeschluss 2

Titel und Ingress

1. Staatsbeiträge Verein Familien-, Paar- und Erziehungsberatung fabe

2. Teuerungsausgleich

Publikations- und Referendumsklausel

### **Schlussabstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**86 Ja, 1 Nein.** [Abstimmung # 586, 22.03.23 09:36:41]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

1 Für den Verein Familien-, Paar- und Erziehungsberatung fabe werden für die Jahre 2023 bis 2026 Ausgaben von insgesamt Fr. 7'600'000 bewilligt.

2 Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

### **Detailberatung**

Grossratsbeschluss 3

Titel und Ingress

1. Staatsbeiträge Verein Jugendarbeit JuAr Basel

2. Teuerungsausgleich

Publikationsklausel

### **Schlussabstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**87 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 587, 22.03.23 09:37:34]

**Der Grosse Rat beschliesst**

1 Für den Verein Jugendarbeit JuAr Basel werden für die Jahre 2023 bis 2026 Ausgaben von insgesamt Fr. 1'156'000 bewilligt.

2 Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

**13. Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission betreffend Achter Bericht über die Leistungs-, Kosten- und Prämienentwicklung sowie die Massnahmen zur Dämpfung der Höhe der Gesundheitskosten gemäss § 67 Abs. 2 des Gesundheitsgesetzes**

[22.03.23 09:37:50, GSK, GD, 22.1456.02, BER]

Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Voten: *Oliver Bolliger, Präsident GSK; RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf das Geschäft einzutreten.

**Detailberatung**

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

**Schlussabstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**88 Ja, 1 Nein.** [Abstimmung # 588, 22.03.23 09:58:44]

**Der Grosse Rat beschliesst**

Der Grosse Rat nimmt Kenntnis vom achten Bericht über die Leistungs-, Kosten- und Prämienentwicklung sowie die Massnahmen zur Dämpfung der Höhe der Gesundheitskosten gemäss § 67 Abs. 2 des Gesundheitsgesetzes.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

**14. Ratschlag zu einer Teilrevision des Gesetzes über die direkten Steuern vom 12. April**

## **2000 (Steuergesetz, StG)**

[22.03.23 09:59:00, WAK, FD, 22.1784.01, RAT]

Die Wirtschafts- und Abgabekommission beantragt den Beschlussvorlagen zuzustimmen.

Voten: *Andrea Elisabeth Knellwolf, Präsidentin WAK; RR Tanja Soland, Vorsteherin FD*

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf das Geschäft einzutreten.

### **Detailberatung**

Grossratsbeschluss 1

Titel und Ingress

I. Steuergesetz, StG

§ 25 Abs. 1 lit m (neu)

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung

### **Schlussabstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**86 Ja, 1 Nein.** [Abstimmung # 589, 22.03.23 10:04:42]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

I. Das Gesetz über die direkten Steuern (Steuergesetz, StG) vom 12. April 2000) (Stand 1. Januar 2021) wird wie folgt geändert:

§ 25 Abs. 1

1 Der Einkommenssteuer unterliegen nicht:

m) (neu) Einkünfte aufgrund des Bundesgesetzes vom 19. Juni 2020 über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose (ÜLG).

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

### **Detailberatung**

Grossratsbeschluss 2

Titel und Ingress



- I. Steuergesetz, StG
- § 58 Abs. 2 (geändert)
- II. Änderung anderer Erlasse
- III. Aufhebung anderer Erlasse
- IV. Schlussbestimmung

### **Schlussabstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**84 Ja, 1 Nein.** [Abstimmung # 590, 22.03.23 10:05:39]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

I. Das Gesetz über die direkten Steuern (Steuergesetz, StG) vom 12. April 2000 ) (Stand 1. Januar 2022) wird wie folgt geändert:

§ 58 Abs. 2 (geändert)

2 Den übrigen juristischen Personen gleichgestellt sind die kollektiven Kapitalanlagen mit direktem Grundbesitz nach Art. 58 oder 118a des Bundesgesetzes über die kollektiven Kapitalanlagen vom 23. Juni 2006 (Kollektivanlagengesetz, KAG). Die Investmentgesellschaften mit festem Kapital nach Art. 110 KAG werden wie Kapitalgesellschaften besteuert.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und tritt gleichzeitig mit der Änderung von Art. 20 Abs. 1 zweiter Satz des Steuerharmonisierungsgesetzes vom 14. Dezember 1990 (Änderung des Bundesgesetzes über die kollektiven Kapitalanlagen [Kollektivanlagengesetz, KAG] vom 17. Dezember 2021) in Kraft.

### **Detailberatung**

Grossratsbeschluss 3

Titel und Ingress

I. Steuergesetz, StG

§ 23

Abs. 3 (geändert)

lit. a – lit. c (neu)

§ 32 Abs. 1 lit. b (geändert)

§ 155 Abs. 1 lit. c (geändert)

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung

### **Schlussabstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

### Ergebnis der Abstimmung

**86 Ja, 0 Nein.** [Abstimmung # 591, 22.03.23 10:06:44]

### Der Grosse Rat beschliesst

I. Das Gesetz über die direkten Steuern (Steuergesetz, StG) vom 12. April 2000 (Stand 1. Januar 2022) wird wie folgt geändert:

§ 23 Abs. 3 (geändert)

3 Leibrentenversicherungen sowie Leibrenten- und Verpfändungsverträge sind im Umfang ihres Ertragsanteils steuerbar. Dieser bestimmt sich wie folgt:

a) (neu) Bei garantierten Leistungen aus Leibrentenversicherungen, die dem Bundesgesetz über den Versicherungsvertrag vom 2. April 1908 (Versicherungsvertragsgesetz, VVG) unterstehen, ist der im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses auf der Grundlage von Artikel 36 Absatz 1 des Versicherungsaufsichtsgesetzes vom 17. Dezember 2004 bestimmte maximale technische Zinssatz ( $m$ ) während der gesamten Vertragsdauer massgebend:

1. Ist dieser Zinssatz grösser als null, so berechnet sich der Ertragsanteil, auf den nächstliegenden ganzen Prozentwert auf- oder abgerundet, wie folgt:

$$\text{Ertragsanteil} = [1 - ((1 + m)^{22} - 1) / (22 \times m \times (1 + m)^{23})] \times 100 \%$$

2. Ist dieser Zinssatz negativ oder null, so beträgt der Ertragsanteil null Prozent.

b) (neu) Bei Überschussleistungen aus Leibrentenversicherungen, die dem VVG unterstehen, entspricht der Ertragsanteil 70 Prozent dieser Leistungen.

c) (neu) Bei Leistungen aus ausländischen Leibrentenversicherungen, aus Leibrenten und aus Verpfändungsverträgen ist die Höhe der um 0,5 Prozentpunkte erhöhten annualisierten Rendite zehnjähriger Bundesobligationen ( $r$ ) während des betreffenden Steuerjahres und der neun vorangegangenen Jahre massgebend:

1. Ist diese Rendite grösser als null, so berechnet sich der Ertragsanteil, auf den nächstliegenden ganzen Prozentwert auf- oder abgerundet, wie folgt:

$$\text{Ertragsanteil} = [1 - ((1 + r)^{22} - 1) / (22 \times r \times (1 + r)^{23})] \times 100 \%$$

2. Ist diese Rendite negativ oder null, so beträgt der Ertragsanteil null Prozent.

§ 32 Abs. 1

1 Von den Einkünften werden abgezogen:

b) (geändert) die dauernden Lasten sowie der Ertragsanteil nach § 23 Abs. 3 lit. c der Leistungen aus Leibrenten- und aus Verpfändungsverträgen;

§ 155 Abs. 1

1 Gegenüber der steuerpflichtigen Person sind zur Ausstellung schriftlicher Bescheinigungen verpflichtet:

c) (geändert) Versicherer über den Rückkaufswert von Versicherungen und über die aus dem Versicherungsverhältnis ausbezahlten oder geschuldeten Leistungen. Bei Leibrentenversicherungen, die dem VVG unterstehen, müssen sie zusätzlich das Abschlussjahr, die Höhe der garantierten Leibrente, den gesamten steuerbaren Ertragsanteil nach § 23 Abs. 3 sowie die Überschussleistungen und den Ertragsanteil aus diesen Leistungen nach § 23 Abs. 3 lit. b ausweisen;

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und tritt gleichzeitig mit der Änderung von Art. 7 Abs. 2 und Art. 9 Abs. 2 lit. b des Steuerharmonisierungsgesetzes vom 14. Dezember 1990 (Bundesgesetz über die Besteuerung von Leibrenten und ähnlichen Vorsorgeformen vom 17. Juni 2022) in

Kraft.

#### **Detailberatung**

Grossratsbeschluss 4

Titel und Ingress

I. Steuergesetz, StG

§ 157 Abs. 1

lit. e (geändert)

lit. f (neu)

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung

#### **Schlussabstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**84 Ja, 1 Nein.** [Abstimmung # 592, 22.03.23 10:07:38]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

I. Das Gesetz über die direkten Steuern (Steuergesetz, StG) vom 12. April 2000 (Stand 1. Januar 2022) wird wie folgt geändert:

§ 157 Abs. 1

1 Der Steuerverwaltung haben für jede Steuerperiode eine Bescheinigung einzureichen:

e) (geändert) Arbeitgebende über ihre Leistungen an die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Form eines Exemplars des Lohnausweises oder in anderer von der Steuerverwaltung genehmigter Form; ebenfalls zu bescheinigen sind geldwerte Vorteile aus echten Mitarbeiterbeteiligungen sowie die Zuteilung und die Ausübung von Mitarbeiteroptionen;

f) (neu) Organe, die Leistungen nach dem Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzschiädigung vom 25. Juni 1982 (Arbeitslosenversicherungsgesetz, AVIG) erbringen, über ihre Leistungen an die versicherten Personen.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

#### **Detailberatung**

Grossratsbeschluss 5

Titel und Ingress

I. Steuergesetz, StG

§ 69 bis § 75 (Überschrift geändert)

Titel nach Titel (1. Teil/3. Abschn./B.) II. (geändert)

Titel nach § 76 (geändert)

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung

#### **Schlussabstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**83 Ja, 0 Nein.** [Abstimmung # 593, 22.03.23 10:08:45]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

I. Das Gesetz über die direkten Steuern (Steuergesetz, StG) vom 12. April 2000 (Stand 1. Januar 2022) wird wie folgt geändert:

§ 69 Allgemeines (Überschrift geändert)

§ 70 Geschäftsmässig begründeter Aufwand (Überschrift geändert)

§ 71 Erfolgsneutrale Vorgänge (Überschrift geändert)

§ 72 Unternehmensumstrukturierungen (Überschrift geändert)

§ 73 Ersatzbeschaffungen (Überschrift geändert)

§ 74 Gewinne von Vereinen, Stiftungen und kollektiven Kapitalanlagen (Überschrift geändert)

§ 74a Gewinne von juristischen Personen mit ideellen Zwecken (Überschrift geändert)

§ 75 Verluste (Überschrift geändert)

Titel nach Titel (1. Teil/3. Abschn./B.) II. (geändert)

(1. Teil/3. Abschn./B./II.) 1. Juristische Personen

Titel nach § 76 (geändert)

(1. Teil/3. Abschn./B./II.) 2. Gesellschaften mit Beteiligungen

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und tritt am 1. Januar 2023 in Kraft.

## **15. Bericht der Petitionskommission zur Petition P456 "Gegen Tempo 30 auf Hauptstrassen"**

[22.03.23 10:09:05, PetKo, 22.5443.02, BER]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen.

Voten: *Andrea Strahm, Referentin PetKo; Beat K. Schaller (SVP); Tonja Zürcher (GAB); Tobias Christ (GLP)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

die Petition P456 "Gegen Tempo 30 auf Hauptstrassen" zur abschliessenden Behandlung dem Regierungsrat zu überweisen.

**17. Motionen 1 - 4**

[22.03.23 10:20:08]

**1. Motion Laurin Hoppler und Consorten betreffend mediterrane Nächte**

[22.03.23 10:20:09, BVD, 23.5012.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 23.5012 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

*Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)*: beantragt Nichtüberweisung.

**Zwischenfrage**

Voten: *Johannes Sieber (GLP); Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)*

Voten: *Annina von Falkenstein (LDP); Eric Weber (fraktionslos); Joël Thüring (SVP)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Brigitte Gysin (die Mitte/EVP); Joël Thüring (SVP)*

Voten: *Raphael Fuhrer (GAB)*

**Zwischenfragen**

Voten: *Annina von Falkenstein (LDP); Raphael Fuhrer (GAB); Johannes Sieber (GLP); Raphael Fuhrer (GAB); Alex Ebi (LDP); Johannes Sieber (GLP);*

Voten: *David Jenny (FDP); Alexandra Dill (SP); Laurin Hoppler (GAB)*

**Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**72 Ja, 7 Nein, 10 Enthaltungen.** [Abstimmung # 594, 22.03.23 11:02:40]

**Der Grosse Rat beschliesst**

auf die Motion 23.5012 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

**2. Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend einen tieferen Verzugszins bei Steuer-Ratenzahlungen**

[22.03.23 11:03:01, FD, 23.5029.01, NMN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion 23.5029 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Voten: *Harald Friedl (GAB); Christoph Hochuli (die Mitte/EVP); Eric Weber (fraktionslos); Olivier Battaglia (LDP); Pascal Messerli (SVP); RR Tanja Soland, Vorsteherin FD; Oliver Bolliger (GAB)*

**Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**65 Ja, 23 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 595, 22.03.23 11:24:20]

**Der Grosse Rat beschliesst**

auf die Motion 23.5029 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

**3. Motion Sandra Bothe und Konsorten betreffend die gesetzliche Verankerung bezüglich der Förderung der Weiterbildung der Basler Bevölkerung**

[22.03.23 11:24:38, ED, 23.5030.01, NMN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion 23.5030 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Voten: *Joël Thüring (SVP); Annina von Falkenstein (LDP); Brigitte Gysin (die Mitte/EVP); Tim Cuénod (SP); David Wüest-Rudin (GLP)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Joël Thüring (SVP); David Wüest-Rudin (GLP)*

Voten: *Lorenz Amiet (SVP); Eric Weber (fraktionslos); Béla Bartha (GAB); RR Conradin Cramer, Vorsteher ED; Sandra Bothe-Wenk (GLP)*

**Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**63 Ja, 26 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 596, 22.03.23 12:02:45]

**Der Grosse Rat beschliesst**

auf die Motion 23.5030 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

**4. Motion Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten zu Pilotprojekten für Zusammenschlüsse zum Eigenverbrauch (ZEV) über das öffentliche Netz (virtuelle ZEV)**

[22.03.23 12:03:08, WSU, 23.5031.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 23.5031 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf die Motion 23.5031 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

**Schluss der 8. Sitzung**

12:00 Uhr

---

**Beginn der 9. Sitzung**

Mittwoch, 22. März 2023, 15:00 Uhr

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung und habe keine Mitteilungen zu machen.

**18. Anzüge 1 bis 5**

[22.03.23 15:00:38]

**1. Anzug Melanie Eberhard und Konsorten betreffend kostenlose Betriebs- und Verlustscheinregistrauszüge für Sozial- und Schuldenberatungsstellen**

[22.03.23 15:00:39, JSD, 23.5013.01, NAN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 23.5013 entgegenzunehmen.

Voten: *Oliver Bolliger (GAB); Melanie Eberhard (SP)*

**Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**78 Ja, 1 Nein.** [Abstimmung # 597, 22.03.23 15:06:04]

**Der Grosse Rat beschliesst**

auf den Anzug 23.5013 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu überweisen.

**2. Anzug Beat K. Schaller und Konsorten betreffend Steuergerechtigkeit auf Basler Strassen**

[22.03.23 15:06:21, JSD, 23.5016.01, NAN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 23.5016 entgegenzunehmen.

Voten: *Beat K. Schaller (SVP)*

**Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**13 Ja, 76 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 598, 22.03.23 15:10:34]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 23.5016 ist **erledigt**.

**3. Anzug Eric Weber betreffend jedem Grossrat sein Postfach im Rathaus**

[22.03.23 15:10:49, Ratsbüro, 23.5023.01, NAN]

Das Ratsbüro ist nicht bereit, den Anzug 23.5023 entgegenzunehmen.

Voten: *Eric Weber (fraktionslos)*

**Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**1 Ja, 70 Nein.** [Abstimmung # 599, 22.03.23 15:16:37]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 23.5023 ist **erledigt**.

**4. Anzug Ivo Balmer und Konsorten betreffend mehr Transparenz auf dem Grundstücksmarkt**

[22.03.23 15:17:13, BVD, 23.5027.01, NAN]



Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 23.5027 entgegenzunehmen.

Voten: *Salome Bessenich (SP); Andreas Zappalà (FDP)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Ivo Balmer (SP); Andreas Zappalà (FDP)*

Voten: *Niggi Rechsteiner (GLP); Harald Friedl (GAB); Michael Hug (LDP)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Ivo Balmer (SP); Michael Hug (LDP)*

Voten: *Franz Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP); David Jenny (FDP); RR Esther Keller, Vorsteherin BVD*

**Zwischenfrage**

Voten: *Ivo Balmer (SP); RR Esther Keller, Vorsteherin BVD*

Voten: *Ivo Balmer (SP)*

**Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**46 Ja, 43 Nein, 1 Enthaltung.** [*Abstimmung # 600, 22.03.23 15:52:54*]

**Der Grosse Rat beschliesst**

auf den Anzug 23.5027 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**5. Anzug Oliver Thommen und Daniel Sägesser betreffend Beteiligung der Vermietenden an den Energiekosten unsanierter Liegenschaften als Anreiz zur Erhöhung der Sanierungsrate**

[22.03.23 15:53:45, WSU, 23.5028.01, NAN]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 23.5028 entgegenzunehmen.

*Andreas Zappalà (FDP)*: beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Michael Hug (LDP); Harald Friedl (GAB); Pascal Pfister (SP); Daniel Sägesser (SP)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Jenny Schweizer (SVP); Daniel Sägesser (SP)*

Voten: *Felix Wehrli (SVP); RR Esther Keller, Vorsteherin BVD; Eric Weber (fraktionslos)*

*Der Präsident* spricht Eric Weber einen Ordnungsruf aus.

Voten: *Oliver Thommen (GAB)*

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**45 Ja, 42 Nein, 2 Enthaltungen.** [*Abstimmung # 601, 22.03.23 16:24:51*]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

auf den Anzug 23.5028 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

### **19. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion der Bau- und Raumplanungskommission und Bildungs- und Kulturkommission für eine langfristige und vorausschauende Schulraumplanung**

[22.03.23 16:25:08, ED, 22.5392.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich teilweise zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert zwei Jahren

*Tonja Zürcher (GAB)*: beantragt Überweisung als Motion.

Voten: *Salome Bessenich (SP); Jeremy Stephenson (LDP); RR Conradin Cramer, Vorsteher ED*

#### **Eventualabstimmung**

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**0 Ja, 89 Nein, 1 Enthaltung.** [*Abstimmung # 602, 22.03.23 16:45:11*]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

Weiterbehandlung als Motion.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Motion 22.5392 dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage innert zwei Jahren zu überweisen.

## 20. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Brigitte Gysin und Konsorten betreffend Vertretung der Tagesstrukturen in den Schulräten

[22.03.23 16:46:44, ED, 22.5397.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Motion zu überweisen.

Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres.

Voten: *RR Conradin Cramer, Vorsteher ED*

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion 22.5397 dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage innert eines Jahres zu überweisen.

## 21. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Andreas Zappalà und Konsorten betreffend Einführungsklassen an allen Schulstandorten

[22.03.23 16:46:47, ED, 22.5398.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Voten: *RR Conradin Cramer, Vorsteher ED*

*Sasha Mazzotti (SP)*: beantragt Überweisung als Motion.

Voten: *Andreas Zappalà (FDP); Jenny Schweizer (SVP); Heidi Mück (GAB); Brigitte Gysin (die Mitte/EVP); Catherine Alioth (LDP); Sandra Bothe-Wenk (GLP); Georg Mattmüller (SP); RR Conradin Cramer, Vorsteher ED*

### Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

### Ergebnis der Abstimmung

**27 Ja, 56 Nein, 6 Enthaltungen.** [Abstimmung # 603, 22.03.23 17:21:57]

### Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Motion 22.5398 dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage zu überweisen.

**22. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 4 Heidi Mück betreffend Provisorium für die Primarschule Kleinhüningen auf dem Ex-Esso-Areal an der Uferstrasse**

[22.03.23 17:22:49, ED, 23.5033.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Heidi Mück (GAB)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 23.5033 ist **erledigt**.

**23. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 9 Jessica Brandenburger betreffend Übertritt von geflüchteten Jugendlichen an weiterführende Mittelschulen**

[22.03.23 17:24:28, ED, 23.5040.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Die Interpellantin erklärt sich schriftlich von der Antwort nicht befriedigt.

Die Interpellation 23.5040 ist erledigt.

Stellungnahme zur schriftlichen Interpellationsbeantwortung:

Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Interpellation.

Von der Antwort bin ich nur teilweise befriedigt, denn auf die Intensivsprachlernangebote, die es in anderen Kantonen bereits gibt, geht der Regierungsrat überhaupt nicht ein. Ganz allgemein habe ich den Eindruck, dass die Interpellation kurz angebunden und nicht mit viel Willen zur Lösungsbeitragung beantwortet wurde.

Angesichts der Tatsache, dass die aus der Ukraine geflüchteten Kinder und Jugendlichen wohl nicht so bald in ihr Heimatland zurückkehren können und der Bund jetzt erlaubt, dass die Jugendlichen bis zum Abschluss ihrer Lehre in der Schweiz bleiben können, wäre es doch zielführend, wenn ihnen ein Intensivangebot zum Erlernen der deutschen und französischen Sprache gemacht würde, damit sie eine Lehre antreten können. Ich hätte mir gewünscht, dass der Regierungsrat aktiv auf Lösungssuche geht, um diesen Schüler:innen, in ihrer schwierigen Situation zu unterstützen. Aber was noch nicht ist, kann ja noch werden.

**24. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 10 Catherine Alioth betreffend Förderung der Mobilität von Basler Studierenden**

[22.03.23 17:25:09, ED, 23.5041.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Die Interpellantin ist abwesend.

Die Interpellation 23.5041 ist erledigt.

**25. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 13 Christian von Wartburg betreffend die Auswirkungen der Neuerung per 01.01.2022 der Richtlinien für die Gewährung von Betreuungsbeiträgen**

[22.03.23 17:25:27, ED, 23.5044.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Christian von Wartburg (SP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort teilweise befriedigt.

Die Interpellation 23.5044 ist erledigt.

**26. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 17 Barbara Heer betreffend 1 Franken fürs Znüni Tagesfamilien hören auf**

[22.03.23 17:26:38, ED, 23.5049.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Barbara Heer (SP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort nicht befriedigt.

Die Interpellation 23.5049 ist erledigt.

**27. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Heiner Vischer und Konsorten betreffend Feedback zu Kundenkontakt in der Verwaltung**

[22.03.23 17:31:26, PD, 20.5413.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 20.5413 abzuschreiben.

*Daniel Seiler (FDP)*: beantragt den Anzug stehen zu lassen.

**Abstimmung**

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

**Ergebnis der Abstimmung**

**75 Ja, 6 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 604, 22.03.23 17:34:43]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug abzuschreiben.

Der Anzug 20.5413 ist erledigt.

**28. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend 1. August ohne offizielle Feuerwerke in Basel (stehen lassen) sowie zum Anzug Esther Keller und Konsorten betreffend Prüfung von Alternativen zu Silvesterfeuerwerk**

[22.03.23 17:35:00, PD, 20.5007.02 20.5432.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten stehen zu lassen und den Anzug Esther Keller und Konsorten als erledigt abzuschreiben.

Voten: *Regierungspräsident Beat Jans, Vorsteher PD*

*Lorenz Amiet (SVP):* beantragt den Anzug Thomas Grossenbacher abzuschreiben.

Voten: *Oliver Thommen (GAB)*

**Abstimmung**

Anzug Grossenbacher:

JA heisst stehen lassen, NEIN heisst abschreiben.

**Ergebnis der Abstimmung**

**55 Ja, 30 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 605, 22.03.23 17:46:30]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug 20.5432 stehen zu lassen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug Esther Keller und Konsorten abzuschreiben.

Der Anzug 20.5007 ist erledigt.

**29. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Pascal Messerli und Konsorten betreffend Basler Preis für Zivilcourage**

[22.03.23 17:47:00, PD, 20.5480.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 20.5480 abzuschreiben.

Voten: *Regierungspräsident Beat Jans, Vorsteher PD*

*Pascal Messerli (SVP):* beantragt den Anzug stehen zu lassen.

Voten: *David Wüest-Rudin (GLP)*

### **Zwischenfrage**

Voten: *David Jenny (FDP); David Wüest-Rudin (GLP)*

Voten: *Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)*

### **Abstimmung**

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**66 Ja, 18 Nein, 2 Enthaltungen.** [*Abstimmung # 606, 22.03.23 17:56:46*]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 20.5480 ist **erledigt**.

### **Schluss der 9. Sitzung**

17:57 Uhr

Basel, 22. März 2023

Bülent Pekerman  
Grossratspräsident

Beat Flury  
I. Ratssekretär

## Ergebnis der Abstimmung

<b>Geschäft</b>	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ausgabenbericht betreffend Ausgabenbewilligung für die Durchführung eines Varianzverfahrens und die Projektierung der Neugestaltung des Barfüsserplatzes sowie zum Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Masterplan Barfi - für eine Attraktivitätssteigerung unseres Innenstadtzentrums und Mitbericht der Bau- und Raumplanungskommission
-----------------	--

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	A	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	A	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Nicole Kuster (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	J	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	A	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	J	Daniel Seiler (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	A	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Krummenacher (SP)	A	Edibe Gölgeli (SP)	A	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	<b>88</b>	27	15	13	11	8	7	7	-
N	Nein	<b>1</b>	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	<b>0</b>	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	<b>10</b>	3	3	2	-	2	-	-	-
P	Präsidium	<b>1</b>						1		
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1



## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Gewährung eines Darlehens an die Stiftung AHBasel für einen Neubau für eine spezialisierte, kurzzeitstationäre Jugendeinrichtung am Nonnenweg 76 in Basel

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	A	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Nicole Kuster (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	J	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	A	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	J	Daniel Seiler (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	A	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	A	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	A	Edibe Gölgeli (SP)	A	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	A	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	<b>86</b>	25	16	13	11	7	7	7	-
N	Nein	<b>1</b>	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	<b>0</b>	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	<b>12</b>	5	2	2	-	3	-	-	-
P	Präsidium	<b>1</b>						1		
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

<b>Geschäft</b>	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Staatsbeiträge an den Verein für Kinderbetreuung Basel für die Elternberatung, an den Verein Familien-, Paar- und Erziehungsberatung fabe und an den Verein Jugendarbeit Basel für die Jugendberatung für die Jahre 2023 bis 2026
-----------------	---

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	A	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	A	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Nicole Kuster (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	J	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	A	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	J	Daniel Seiler (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	A	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	A	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	A	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Krummenacher (SP)	A	Edibe Gölgeli (SP)	A	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	86	26	16	12	11	7	7	7	-
N	Nein	1	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	12	4	2	3	-	3	-	-	-
P	Präsidium	1						1		
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

<b>Geschäft</b>	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Staatsbeiträge an den Verein für Kinderbetreuung Basel für die Elternberatung, an den Verein Familien-, Paar- und Erziehungsberatung fabe und an den Verein Jugendarbeit Basel für die Jugendberatung für die Jahre 2023 bis 2026
-----------------	---

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	A	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	A	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Nicole Kuster (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	J	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	A	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	J	Daniel Seiler (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	A	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Krummenacher (SP)	A	Edibe Gölgeli (SP)	A	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	A	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	A	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	86	25	16	12	11	8	7	7	-
N	Nein	1	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	12	5	2	3	-	2	-	-	-
P	Präsidium	1						1		
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

<b>Geschäft</b>	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Staatsbeiträge an den Verein für Kinderbetreuung Basel für die Elternberatung, an den Verein Familien-, Paar- und Erziehungsberatung fabe und an den Verein Jugendarbeit Basel für die Jugendberatung für die Jahre 2023 bis 2026
-----------------	---

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	A	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	A	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Nicole Kuster (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	J	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	A	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	J	Daniel Seiler (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	A
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	A	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Krummenacher (SP)	A	Edibe Gölgeli (SP)	A	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	<b>87</b>	27	16	12	11	7	7	7	-
N	Nein	<b>0</b>	-	-	-	-	-	-	-	-
E	Enthaltung	<b>1</b>	-	-	-	-	-	-	-	1
A	Abwesend	<b>11</b>	3	2	3	-	3	-	-	-
P	Präsidium	<b>1</b>						1		
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission betreffend Achter Bericht über die Leistungs-, Kosten- und Prämienentwicklung sowie die Massnahmen zur Dämpfung der Höhe der Gesundheitskosten gemäss § 67 Abs. 2 des Gesundheitsgesetzes

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	A
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Nicole Kuster (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	J	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	A	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	J	Daniel Seiler (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	A	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	A	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	A	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	A	Edibe Gölgeli (SP)	A	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	88	26	15	14	11	8	7	7	-
N	Nein	1	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	10	4	3	1	-	2	-	-	-
P	Präsidium	1						1		
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Ratschlag zu einer Teilrevision des Gesetzes über die direkten Steuern vom 12. April 2000 (Steuergesetz, StG)

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	A
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	A
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Nicole Kuster (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	J	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	A	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	A	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	J	Daniel Seiler (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	A	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	A	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	A	Edibe Gölgeli (SP)	A	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	86	27	14	14	10	7	7	7	-
N	Nein	1	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	12	3	4	1	1	3	-	-	-
P	Präsidium	1						1		
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Ratschlag zu einer Teilrevision des Gesetzes über die direkten Steuern vom 12. April 2000 (Steuergesetz, StG)

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	A
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	A
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Nicole Kuster (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	J	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	A	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	A	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	J	Daniel Seiler (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	A
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	A	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	A	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	A	Edibe Gölgeli (SP)	A	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	A
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	84	27	13	14	10	6	7	7	-
N	Nein	1	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	14	3	5	1	1	4	-	-	-
P	Präsidium	1						1		
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Ratschlag zu einer Teilrevision des Gesetzes über die direkten Steuern vom 12. April 2000 (Steuergesetz, StG)

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	A
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	A
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Nicole Kuster (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	J	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	A	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	A	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	J	Daniel Seiler (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	A
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	J
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	A	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	A	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	A	Edibe Gölgeli (SP)	A	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	A
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	86	28	13	14	10	6	7	7	1
N	Nein	0	-	-	-	-	-	-	-	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	13	2	5	1	1	4	-	-	-
P	Präsidium	1						1		
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1



## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Ratschlag zu einer Teilrevision des Gesetzes über die direkten Steuern vom 12. April 2000 (Steuergesetz, StG)

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	A
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	A
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	A	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Nicole Kuster (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	J	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	A	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	A	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	J	Daniel Seiler (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	A	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	A	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	A	Edibe Gölgeli (SP)	A	Sandra Bothe (GLP)	A
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	A
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	84	27	13	14	10	7	6	7	-
N	Nein	1	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	14	3	5	1	1	3	1	-	-
P	Präsidium	1						1		
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Ratschlag zu einer Teilrevision des Gesetzes über die direkten Steuern vom 12. April 2000 (Steuergesetz, StG)

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	A
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	A
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Nicole Kuster (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	J	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	A	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	A	Joël Thüring (SVP)	A	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	J	Daniel Seiler (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	A	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	A	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	A	Edibe Gölgeli (SP)	A	Sandra Bothe (GLP)	A
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	A
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	83	27	12	14	10	7	6	7	-
N	Nein	0	-	-	-	-	-	-	-	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	16	3	6	1	1	3	1	-	1
P	Präsidium	1						1		
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Motion Laurin Hoppler und Konsorten betreffend mediterrane Nächte

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	E	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	E
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	E	Adrian Iselin (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	E	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Nicole Kuster (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	J	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	A	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	E	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	J	Daniel Seiler (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	A	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	A	Brigitte Kühne (GLP)	E	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	E	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	E
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	A	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	E
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	A	Edibe Gölgeli (SP)	A	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	A	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	E
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	72	27	8	12	10	6	4	5	-
N	Nein	7	-	3	-	1	2	-	-	1
E	Enthaltung	10	-	5	2	-	-	1	2	-
A	Abwesend	10	3	2	1	-	2	2	-	-
P	Präsidium	1						1		
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend einen tieferen Verzugszins bei Steuer-Ratenzahlungen

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	E	Nicole Kuster (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	J	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	A	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	J	Daniel Seiler (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	A
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	A	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	A	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	N	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	A	Edibe Gölgeli (SP)	A	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	A	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	65	27	16	1	10	5	3	3	-
N	Nein	23	-	-	12	1	2	3	4	1
E	Enthaltung	1	-	-	1	-	-	-	-	-
A	Abwesend	10	3	2	1	-	3	1	-	-
P	Präsidium	1						1		
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Motion Sandra Bothe und Konsorten betreffend die gesetzliche Verankerung bezüglich der Förderung der Weiterbildung der Basler Bevölkerung

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	N
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Nicole Kuster (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	J	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	A	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	N	Daniel Seiler (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	A
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	A	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	A	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	E
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Krummenacher (SP)	A	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	A	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	63	28	16	-	1	7	6	5	-
N	Nein	26	-	-	14	10	-	-	1	1
E	Enthaltung	1	-	-	-	-	-	-	1	-
A	Abwesend	9	2	2	1	-	3	1	-	-
P	Präsidium	1						1		
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Anzug Melanie Eberhard und Konsorten betreffend kostenlose Betriebs- und Verlustscheinregistrauszüge für Sozial- und Schuldenberatungsstellen

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	A
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	A	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	A	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	A	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	A	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	A
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Nicole Kuster (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	J	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	A	Johannes Sieber (GLP)	A
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	J	Daniel Seiler (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	A
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	A	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	A	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	A	Georg Mattmüller (SP)	A	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	A	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	78	21	15	13	11	6	5	7	-
N	Nein	1	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	20	9	3	2	-	4	2	-	-
P	Präsidium	1						1		
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Anzug Beat K. Schaller und Konsorten betreffend Steuergerechtigkeit auf Basler Strassen

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	A	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Fina Girard (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	N	Adrian Iselin (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	N
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Nicole Kuster (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	N	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	A	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	J	Daniel Seiler (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	A
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	A	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	N	Christine Keller (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	A	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	13	-	-	1	11	1	-	-	-
N	Nein	76	28	16	13	-	5	7	7	-
E	Enthaltung	1	-	-	-	-	-	-	-	1
A	Abwesend	9	2	2	1	-	4	-	-	-
P	Präsidium	1						1		
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Anzug Eric Weber betreffend jedem Grossrat sein Postfach im Rathaus

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	A	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	A	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	A
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	A
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	A
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	A	Heidi Mück (GAB)	A
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	A	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Fina Girard (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	N	Adrian Iselin (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	A	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	N
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	A	Nicole Kuster (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	N	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	A	Lukas Faesch (LDP)	A	Johannes Sieber (GLP)	A
Oliver Thommen (GAB)	A	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	N	Daniel Seiler (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	J
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	A	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	A	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	A	Christine Keller (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	A	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	A	Edibe Gölgeli (SP)	A	Sandra Bothe (GLP)	A
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	1	-	-	-	-	-	-	-	1
N	Nein	70	20	9	12	11	7	5	6	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	28	10	9	3	-	3	2	1	-
P	Präsidium	1						1		
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1



## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Anzug Ivo Balmer und Konsorten betreffend mehr Transparenz auf dem Grundstücksmarkt

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	N
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Nicole Kuster (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	J	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	A	Johannes Sieber (GLP)	E
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	N	Daniel Seiler (FDP)	A
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	A	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	A	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	A	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	46	29	16	-	-	1	-	-	-
N	Nein	43	-	-	14	11	6	5	6	1
E	Enthaltung	1	-	-	-	-	-	1	-	-
A	Abwesend	9	1	2	1	-	3	1	1	-
P	Präsidium	1						1		
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Anzug Oliver Thommen und Daniel Sägesser betreffend Beteiligung der Vermietenden an den Energiekosten unsanierter Liegenschaften als Anreiz zur Erhöhung der Sanierungsrate

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	A
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	N
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Nicole Kuster (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	J	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	A	Johannes Sieber (GLP)	E
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	N	Daniel Seiler (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	A	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	A	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	A	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	E	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	A	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	45	29	15	-	-	-	1	-	-
N	Nein	42	-	-	14	11	6	3	7	1
E	Enthaltung	2	-	-	-	-	1	1	-	-
A	Abwesend	10	1	3	1	-	3	2	-	-
P	Präsidium	1						1		
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion der Bau- und Raumplanungskommission und Bildungs- und Kulturkommission für eine langfristige und vorausschauende Schulraumplanung

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Fina Girard (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	N	Adrian Iselin (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	N
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Nicole Kuster (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	A	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	A	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	N	Daniel Seiler (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	A	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Löttscher (die Mitte/EVP)	A	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	N	Christine Keller (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Toya Krummenacher (SP)	A	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	<b>0</b>	-	-	-	-	-	-	-	-
N	Nein	<b>89</b>	29	15	14	11	7	6	7	-
E	Enthaltung	<b>1</b>	-	-	-	-	-	-	-	1
A	Abwesend	<b>9</b>	1	3	1	-	3	1	-	-
P	Präsidium	<b>1</b>						1		
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Andreas Zappalà und Konsorten betreffend Einführungsklassen an allen Schulstandorten

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	E	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	E	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	E	Oliver Bolliger (GAB)	N	Adrian Iselin (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	E	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Nicole Kuster (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	N	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	A	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	A
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	N	Daniel Seiler (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	A	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	A	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	N	Christine Keller (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Toya Krummenacher (SP)	A	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	E
Daniel Sägesser (SP)	E	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	27	13	1	13	-	-	-	-	-
N	Nein	56	13	13	-	11	7	6	6	-
E	Enthaltung	6	3	2	1	-	-	-	-	-
A	Abwesend	10	1	2	1	-	3	1	1	1
P	Präsidium	1						1		
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Heiner Vischer und Konsorten betreffend Feedback zu Kundenkontakt in der Verwaltung

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	A	Stefan Suter (SVP)	A
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Nicole Kuster (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	J	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	A	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	J	Daniel Seiler (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	A
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	A	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	A	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	A	Edibe Gölgeli (SP)	A	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	A	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	75	26	16	12	9	6	5	1	-
N	Nein	6	-	-	-	-	-	-	6	-
E	Enthaltung	1	-	-	-	-	-	-	-	1
A	Abwesend	17	4	2	3	2	4	2	-	-
P	Präsidium	1						1		
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend 1. August ohne offizielle Feuerwerke in Basel (stehen lassen) sowie zum Anzug Esther Keller und Konsorten betreffend Prüfung von Alternativen zu Silvesterfeuerwerk

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	A
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Nicole Kuster (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	J	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	A	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	N	Daniel Seiler (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	E
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	A	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	A	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	A	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	A	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	55	28	16	-	-	5	6	-	-
N	Nein	30	-	-	13	9	1	-	7	-
E	Enthaltung	1	-	-	-	-	1	-	-	-
A	Abwesend	13	2	2	2	2	3	1	-	1
P	Präsidium	1						1		
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Pascal Messerli und Konsorten betreffend Basler Preis für Zivilcourage

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	A
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Nicole Kuster (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	E
Jo Vergeat (GAB)	J	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	A	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	N	Daniel Seiler (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	A	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	A	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	A	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	A	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	66	28	16	11	-	2	2	7	-
N	Nein	18	-	-	1	8	5	4	-	-
E	Enthaltung	2	-	-	-	1	-	-	-	1
A	Abwesend	13	2	2	3	2	3	1	-	-
P	Präsidium	1						1		
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Anhang C: Neue Vorstösse

### Motionen

#### 1. Motion betreffend Bohrungen zur Gewinnung von Erdwärme auf Allmend für angrenzende Gebäude

23.5050.01

Um das ambitionierte Ziel, alle Heizungen der Gebäude im Kanton bis 2037 mit erneuerbarer Energie zu versorgen, zu erreichen, müssen die gesetzlichen Grundlagen für sämtliche Technologien optimiert werden. Die Gewinnung von Erdwärme mit einer Wärmepumpe speziell in Kombination mit Fotovoltaik ist dafür aus ökologischer und auch aus ökonomischer Sicht eine der effektivsten Technologien.

Die Nutzung dieser Methode setzt aber heute voraus, dass die Parzelle des Gebäudes über geeignetes freies Terrain (Garten, Vorgarten, etc.) verfügt; denn entsprechende Bohrungen können technologisch nicht innerhalb des Gebäudes vorgenommen werden. Gerade in der Stadt haben aber viele Gebäude diese Möglichkeit nicht. Es wäre deshalb wünschenswert, wenn für diese Fälle die Möglichkeit bestünde, die Bohrungen für die Gewinnung von Erdwärme auf der angrenzenden Allmend vorzunehmen. Dafür fehlt aber heute die gesetzliche Grundlage. Denkbar wäre dem Gebäudeeigentümer ein Bohrrecht gegen eine Gebühr zu ermöglichen, was vielleicht vergleichbar mit einem Baurecht wäre.

Der Vorteil dieses Bohrrechtes besteht darin, dass es für den Gebäudeeigentümer eine technologische Option eröffnet, die er sofort nach in Kraft treten des entsprechenden Gesetzes nutzen kann und die auch den Eigentümern ausserhalb des Fernwärmegebiets entgegen kommt. Es würde die Dekarbonisierung der Heizungen im Kanton beschleunigen. Vorteilhaft ist weiter, dass diese Option den Steuerzahler nichts kostet.

Die Motionäre verlangen deshalb, dass die Regierung innerhalb von sechs Monaten ein Gesetz vorlegt, welches Gebäudeeigentümern, die auf ihrer Parzelle keine Möglichkeit haben, zur Gewinnung von Erdwärme Bohrungen vorzunehmen, ein Bohrrecht auf der angrenzenden Allmend ermöglicht.

Tobias Christ, Nicole Strahm-Lavanchy

#### 2. Motion betreffend Fuss- und Velobrücke «Güterbahnhof Wolf»

23.5087.01

*Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss § 20 Abs. 2 AB*

Die neue Fuss- und Velobrücke «Güterbahnhof Wolf» soll als Teil einer übergeordneten neuen Fuss- und Veloverkehrsachse das Areal Wolf mit den Quartieren Dreispitz und Gundeldingen verbinden. Im Bebauungsplan für das «Areal Wolf» ist festgehalten, dass der Zugang zur Fuss- und Velobrücke «Güterbahnhof Wolf» mittels Rampenbauwerken und ergänzenden Erschliessungsanlagen sicherzustellen ist. Die Brücke ist in den Teilrichtplänen Velo sowie Fuss- und Wanderwege aktuell aber nur als Vororientierung eingetragen. Wann mit einer Realisierung gerechnet werden kann, ist gemäss heutigem Wissensstand offen. Mit der Planung wurde bis zur Klärung der Rahmenbedingungen aus der Entwicklung des Bahnknotens Basel SBB zugewartet. Inzwischen liegt der Fünfpunkteplan zum Bahnknoten vor und die Planung der Fuss- und Velobrücke «Güterbahnhof Wolf» hat begonnen.

Anlässlich der Beratung des Ratschlags «Areal Wolf» wurde deutlich, dass die Fuss- und Velobrücke von zentraler Bedeutung für die Entwicklung dieses Areals ist. Sie verbindet das Areal mit der Naherholung im Bereich des Wolfgottesackers und dem Schulraum am Walkeweg. Zudem ist sie notwendig für die sichere und direkte Fuss- und Veloerschliessung ab der S-Bahn-Haltestelle Dreispitz und trägt damit entscheidend zur verbesserten Anbindung an den ÖV bei.

Mit der konkreten Planung der Brücke «Güterbahnhof Wolf» muss zum jetzigen Zeitpunkt begonnen und der Bau der Brücke zügig vorangetrieben werden. Die grossen Transformationsareale Wolf und Dreispitz werden Tausende neue Bewohnende, Schülerinnen und Schüler, Studierende und Werktätige anziehen (rund 1'200 Einwohnende und 1'000 Beschäftigte alleine auf dem Areal Wolf), welche auf eine sichere und direkte Fuss- und Veloverbindung angewiesen sind. Die Münchensteinerbrücke eignet sich in keinsten Weise, diesen neuen Verkehrsstrom aufzunehmen.

Die Fuss- und Velobrücke «Güterbahnhof Wolf» muss daher spätestens bis zum Beginn des Bezugs der Neubauten auf dem Baufeld A (Wohnhof) fertig gestellt werden. Gemäss Auskunft des BVD ist das für 2028 vorgesehenen. Falls bis zu diesem Zeitpunkt aufgrund der Entwicklung der Gleisanlagen des Bahnknotens Basel SBB noch keine dauerhafte Brücke erstellt werden kann, ist die Brücke als Provisorium zu erstellen. Unabhängig davon, ob die Brücke als Provisorium oder als dauerhafte Infrastruktur gebaut wird, sind die Normen insbesondere betreffend Breite und Zugänge einzuhalten. Zudem ist die Schliessung der weiteren drei Netzlücken (Anbindung St. Alban-Ring, Anschluss Zeughausstrasse sowie Verbindung St. Jakob - Hexenweglein) voranzutreiben.



Mit vorliegender Motion wird der Regierungsrat dazu verpflichtet, bis 2028 eine Fuss- und Velobrücke «Güterbahnhof Wolf» unter Einbezug der Betroffenen zu realisieren und damit eine sichere, direkte und attraktive Verbindung für die Bewohnenden und Beschäftigten auf dem Areal Wolf ins Gebiet Dreispitz und zurück sowie generell eine sichere Fuss- und Veloerschliessung des Areals Wolf sicherzustellen.

Für die Bau- und Raumplanungskommission: Jeremy Stephenson, Präsident

### 3. Motion betreffend Übungsabbruch: Velospot-Verleihsystem aufheben und Projektidee neu denken

23.5088.01

Seit nunmehr über einem Jahr befindet sich das vom Kanton Basel-Stadt über den Pendlerfonds mit 2,1 Millionen Franken finanzierte Velo-Verleihsystem „Velospot“ der Firma Intermobility im Echtbetrieb. Bis im Herbst letzten Jahres hätten rund 2'000 Velos der Bevölkerung zur Verfügung gestellt und hierfür 350 Stationen errichtet werden sollen. Aktuell sind, gemäss Bericht in der Basler Zeitung vom 30.1.23, deren 640 Leihfahrräder im Betrieb, welche an rund 250 Orten gemietet werden können.

Wie die Basler Zeitung vom zuständigen Bau- und Verkehrsdepartement in Erfahrung bringen konnte, ist das Projekt ein Flop. Bis Ende Dezember 2022 wurden lediglich um die 6800 Fahrten unternommen und rund 66'000 Kilometer zurückgelegt. Durchschnittlich sind dies seit Projektbeginn nur 14 Mieten pro Tag. Wenn davon ausgegangen werden muss, dass für jede Fahrt immer ein neues Gefährt gebraucht wird, stehen jeden Tag aktuell 626 Fahrräder ungenutzt in der Stadt herum, welche gleichzeitig wichtige Veloparkflächen blockieren und optisch stark auffallen.

Ein Vergleich mit dem Anbieter „Pick-e-bike“, welcher vom Kanton lediglich mit 150'000 Franken unterstützt wird, zeigt zudem deutlich auf, wie wenig genutzt das Velospot-Verleihsystem ist. Im selben Zeitraum hat „Pick-e-bike“ ganze 317'000 Fahrten zu verzeichnen, womit täglich etwa 650 Personen das Angebot nutzen.

Der Betreiber des Velospot-Systems, die Firma Intermobility, hat auch in anderen Städten bisher keinen Erfolg gehabt. So wurde beispielsweise die Zusammenarbeit in Thun durch die Stadt Thun beendet. Es zeigt sich, dass das Bedürfnis nicht gross ist.

Grundsätzlich ist es zu begrüßen, dass der Kanton moderne Mobilitätsformen prüft und diese ermöglicht. Im vorliegenden Fall zeigt sich jedoch deutlich, dass das vom Kanton ausgeschriebene Projekt überrissen ist und nie den Bedürfnissen unserer kleinräumigen Stadt entsprach.

Es ist deshalb nicht sinnvoll, die Stadt mit weiteren Fahrrädern auszurüsten und neue, speziell für dieses System, vorgesehene eigene Parkierflächen zu schaffen, wenn die Nachfrage derart gering ist, die Veloparkflächen schon heute eher ein rares Gut sind und der knappe öffentliche Raum generell stark umkämpft ist. Eine übertriebene Flottenausdehnung auf über 2000 Fahrräder und eine Investition in das Ausrüsten neuer spezifischer Parkflächen ist auch aus ökonomischen Gründen nicht erstrebenswert. Die bisherigen Erkenntnisse zeigen deutlich auf, dass ein derartiges Angebot nicht notwendig ist, zumal die Einwohnerinnen und Einwohner unseres Kantons grossmehrheitlich über ein eigenes Fahrrad verfügen und Touristen kaum ein solches Angebot in Anspruch nehmen, da die diversen Sehenswürdigkeiten unserer Stadt nur begrenzt mit dem Fahrrad zu begehen sind resp. zu FUSS und mit dem gut ausgebauten ÖV in unserer kleinräumigen Stadt bestens erreichbar sind.

Ein „Weiter so“ darf es deshalb nicht geben. Das Projekt ist mangels der geringen Erfolgsaussichten und den o.g. zusätzlichen Aspekten einzustellen. Vielmehr sollte der Fokus auf bestehende Sharing- Angebote und Partnerschaften mit den hiesigen ÖV-Unternehmen angedacht werden.

Die Unterzeichnenden fordern den Regierungsrat daher auf, den entsprechenden Vertrag zwischen der Firma Intermobility und dem Kanton aufzuheben und das Projekt „Velospot“ innert sechs Monaten einzustellen.

Joël Thüring, Luca Urgese, Raoul I. Furlano

## Anzüge

### 1. Anzug betreffend Honoraranpassungen für Gerichtsdolmetschern

23.5051.01

Die Qualität der Sprachmittlung in Straf- und Zivilverfahren ist von elementarer rechtsstaatlicher Bedeutung. Es geht um die Sicherung der Rechte der Betroffenen, der Menschenwürde, der Gerechtigkeit. Dafür muss auch sichergestellt werden, dass sprachlich und fachlich hochqualifizierte Dolmetscher und Übersetzungsleistungen bei Behörden und Gerichten sowie in den vorausgehenden Ermittlungsverfahren zum Einsatz kommen. Die Honoraransätze für Dolmetschende werden in der Schweiz kantonale geregelt. Seit dem 01.07.2019 hat der Kanton Zürich die Honoraransätze für seine Dolmetscher auf CHF 90.00/Stunde erhoben, gefolgt vom Kanton Bern, in welchem Dolmetscher und Vergütungen für Übersetzungsleistungen seit dem 01.07.2020 ebenfalls CHF 90.00/Stunde erhalten. Ganz aktuell hat auch der Kanton Zug die Anhebung von CHF 90.00/Stunde gutgeheissen.

Sogar in Deutschland wurden die Tarife für Gerichtsdolmetschern laut Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetz (JVEG) seit dem 01.01.2021 auf EUR 85.00 angehoben.

Im Kanton Basel-Stadt hingegen wurden die Honorare (Brutto CHF 70.00/Stunde) für Gerichtsdolmetschern seit 2011 nicht mehr angepasst. Nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge bleiben final nur noch CHF 65.55.

Es muss durch ein faires und auskömmliches Vergütungssystem verhindert werden, dass sich immer mehr hochqualifizierte Behörden- und Gerichtsdolmetschende aus dem System verabschieden und somit rechtsstaatliche Prinzipien gefährdet werden.

Diese Tendenz hat sich leider durch die Coronakrise zusätzlich verschärft, einerseits aufgrund der vergleichsweise tiefen Vergütung im Kanton Basel-Stadt, andererseits weil Dolmetschende und Übersetzende aus sozialversicherungstechnischer Sicht weder als „selbständig erwerbende“ noch als „Kantonsangestellte“ gelten und somit durch die Maschen fallen.

Die Anzugsstellenden bitten den Regierungsrat zu prüfen ob:

- die Honorare für Gerichtsdolmetschern auf mindestens CHF 90.00/Stunde erhoben werden können
- die Zuschläge für Nachtarbeit sowie Einsätze an Sonn- und Feiertagen angepasst werden können
- die Anpassung des Ausfallhonorars an die marktüblichen Regelungen möglich ist
- eine Erhöhung der Vergütung für Übersetzer, nach Zeile möglich ist
- die uneingeschränkte Umsetzung der EU-Richtlinie über das Recht auf Dolmetsch.-und Übersetzungsleistungen in Strafverfahren möglich ist.

Edibe Gölgeli, Mahir Kabakci, Christian von Wartburg, Sandra Bothe-Wenk, Fleur Weibel, Salome Bessenich, Toya Krummenacher, Johannes Sieber, Pascal Messerli, Michela Seggiani, Balz Herter, Heidi Mück, Alex Ebi, Beat Braun

## 2. Anzug betreffend U-Abo für eine Woche

23.5065.01

Viele Menschen und auch Touristen in Basel (nicht alle haben das Mobility Ticket über das Hotel, da sie privat wohnen) haben den Wunsch, eine Wochenkarte zu kaufen, die ähnlich dem U-Abo ist. Aber es gibt nur die Monats-Karte.

Ist man in anderen Städten, kann man dort eine Wochenkarte kaufen oder eine Dreitages-Karte.

Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen, wie erreicht werden kann, dass man in Basel eine Wochenkarte für Tram und Bus kaufen kann.

Eric Weber

## 3. Anzug betreffend finanzielle Unterstützung für die Basler Fasnachts Wagencliquen und Cliquenwagen von Basel Stadt und ihren Gemeinden

23.5082.01

Die Basler Fasnacht ist ein Anlass mit sehr vielen verschiedenen Gruppierungen, die in ihrer Vielfalt zusammen die Basler Fasnacht bilden und seit 2017 auf der Liste des immateriellen Kulturerbes der Menschheit der UNESCO steht.

Dazu gehören die musizierenden Cliquen wie auch die Wagencliquen während dem Cortège. Sie alle erhalten vom Fasnachts-Comité Subventionen, damit die Auslagen für Kostüme und Requisiten aufgefangen werden können.

Nicht nur macht nun aber den Wagencliquen die Raummiete während des Wagenbaus zu schaffen, sondern ist für sie auch die Zeit zwischen den Fasnachtstagen sehr teuer, weil sie Standplätze für ca. 10 Monate für die Wagen anzumieten haben.

Die Plätze sind rar und dementsprechend teuer. In der Beantwortung der Schriftlichen Anfrage Niggi Daniel Rechsteiner (22.5201) informiert die Regierung, dass bei Immobilien Basel-Stadt keine Räumlichkeiten den Wagencliquen angeboten werden können. Umso mehr ist nun die Regierung gefragt, den Wagencliquen (u.a. finanziell) unter die Arme zu greifen.

Es kann davon ausgegangen werden, dass die Wagencliquen die Fasnachtsformationen sind, die die höchsten Auslagen haben. Die Larven, Kostüme und das Wurfmaterial während der Fasnacht schlagen für eine Wagenclique für ca. 6 Personen mit ca. CHF 4'200 zu Buche. Dazu kommt der Wagenbau selbst, der sich zwischen CHF 3'000 und CHF 4'000 oder noch höher bewegen kann. Rechnen wir noch Standkosten unter dem Jahr dazu (ca. CHF 170.-/Monat für einen ungedeckten Platz) kommt eine Wagenclique auf Gesamtkosten von ca. knapp CHF 10'000 pro Jahr. Oft verfügt eine Wagenclique nicht über eine so hohe Anzahl Mitglieder wie eine musizierende Stammclique, welche so die Kosten besser verteilen kann und vom Comité mehr Subventionen erhält, da dieses pro aktives Mitglied abrechnet.

Die Unterzeichnenden bitten daher den Regierungsrat

1. proaktiv auf das Fasnachtscomité und die Wagen IG zuzugehen, um gemeinsam eine Strategie zu entwickeln, wie der Kanton die nachstehenden Probleme mitlösen kann, damit die Wagencliquen finanziell entlastet werden:

- Sicherung eines Lagerplatzes zu erschweringlichen Konditionen
- Gesicherte Möglichkeit eines tauglichen Bauplatzes in den Wintermonaten
- Finanzielle Unterstützung von Lager- und Bauplatzen

Jenny Schweizer, Jeremy Stephenson, Raoul I. Furlano, Joël Thüring, Felix Wehrli, Beat K. Schaller, Roger Stalder, Jessica Brandenburger, Beat Braun, Balz Herter, Niggi Daniel Rechsteiner

#### 4. Anzug betreffend "Runder Tisch Stadtbienen"

23.5086.01
------------

Bienen – sowohl Honig- als auch Wildbienen – tragen durch die Bestäubung von Wild- und Kulturpflanzen massgeblich zum Erhalt der Biodiversität, aber auch der Lebensmittelproduktion bei (Bestäubungsleistung rund CHF 479 Mio./Jahr)<sup>1</sup>. Durch ihre schiere Menge sind die Honigbienen besonders für die Massenarbeit geeignet. Die Wildbienen dagegen bestäuben viele Pflanzenarten, die nicht oder nur mangelhaft von Honigbienen bestäubt werden (können), und sind damit für die Biodiversität besonders wichtig. Gemäss SCNAT (Akademie der Naturwissenschaften Schweiz) hält die Schweiz die grösste Artenvielfalt von Wildbienen in Nord- und Mitteleuropa<sup>2</sup>. 44,6% davon sind gefährdet, weitere 9,3 % der heimischen Wildbienenarten gelten als potenziell gefährdet<sup>3</sup>.

Die städtische Bevölkerung ist aufgeschlossen für das Thema Biodiversität: «Urban Gardening» erfreut sich bei uns zurzeit grösster Beliebtheit. Insbesondere hat in den letzten Jahren in diesem Zusammenhang auch die (Hobby-)Imkerei ihren Siegeszug in den Städten angetreten. Betreffend Nistgelegenheiten gibt es zwischen Honigbienen und Wildbienen keine Konkurrenzsituation. Bei einem Grossaufkommen von Honigbienen kommt es während bestimmten Jahreszeiten jedoch sehr rasch zu einer *Nahrungskonkurrenz* zum Nachteil der Wildbienen. Gibt es einen Beschaffungsunterbruch, leidet das Brutgeschäft der Wildbienen unmittelbar und es gibt einen teilweise massiven Rückgang der Anzahl Nachkommen. Gleich mehrere Studien und Publikationen haben beschrieben, dass es dabei für die Wildbienen nach kurzer Zeit zu einer relevanten Unterversorgung von primär Pollen (Blütenstaub), aber auch von Nektar kommt<sup>4</sup>. Der Kanton Bern hat bezüglich der Nahrungskonkurrenz eine konkrete Massnahme umgesetzt: Er untersagt das Errichten von Bienenstöcken und Bienenkästen in Naturschutzgebieten<sup>5</sup>. Die natürliche Dichte von Honigbienenvölkern in Mitteleuropa ist 1 Völk/km<sup>2</sup>. Die Fläche des Kantons Basel-Stadt beträgt 37 km<sup>2</sup>, bei im Kanton ca. 800 *gemeldeten* Bienenvölkern an ca. 140 Standorten<sup>6</sup>. Dies entspricht 21,6 Völkern/km<sup>2</sup> (2022). Damit hat der Kanton Basel-Stadt die höchste Honigbienenendichte in der Schweiz (im Kanton Zürich etwa beträgt sie 8,3 Völker/km<sup>2</sup> (2014), schweizweit 4 Völker/km<sup>2</sup> (2014)). Gemäss eines wissenschaftlichen Richtwerts aus Grossbritannien sollte die Honigbienenendichte nicht mehr als 7,5 Völker/km<sup>2</sup> betragen; London hat die Problematik erkannt und fordert deshalb eine *geplante* städtische Bienenhaltung; auch in der Schweiz wird von Forschenden des WSL eine Regulierung gefordert, etwa das Einhalten von Mindestabständen zwischen den Bienenstöcken<sup>7</sup>. Die Problematik der städtischen Nahrungskonkurrenz zwischen Honig- und Wildbienen ist auch den verschiedenen Expert:innen im Kanton Basel-Stadt bekannt, sie wurde jedoch bis anhin noch nicht offiziell aufgegriffen.

Die Anzugstellenden bitten deshalb den Regierungsrat, zu prüfen und zu berichten, ob im Rahmen der sich in Bearbeitung befindenden Biodiversitätsstrategie ein «Runder Tisch Stadtbienen» mit allen relevanten Spezialist:innen (Stadtgärtnerei, Imkerverbänden, Naturschutzorganisationen, Wildbienenexpert:innen etc.) anberaumt werden kann, um die baselstädtische Situation gemeinsam zu analysieren und Lösungsansätze beziehungsweise konkrete Massnahmen (z.B. ein Stadtbienenkonzept) zu erarbeiten.

<sup>1</sup> BAFU, Dossier «Wild und wertvoll», Mai 2022 / Agroscope Science, Nr. 127/2021.

<sup>2</sup> Swiss Academies Reports 16 (9), 2021, S. 17

<sup>3</sup> Stadtgärtnerei Basel, Broschüre «Willkommen Wildbiene, Massnahmen zum Schutz und zur Förderung einheimischer Wildbienen», Mai 2022, S. 12

<sup>4</sup> Stadtgärtnerei Basel, Broschüre «Willkommen Wildbiene, Massnahmen zum Schutz und zur Förderung einheimischer Wildbienen», Mai 2022, S. 12  
BAFU, Magazin «Die Umwelt | L'environnement», 'Zu viele Honigbienen in den Städten', 3/2022, S. 51 ff. Kanton Zürich, «Kantonales Bienenkonzept», Juli 2020, S. 8

<sup>5</sup> Kanton Bern, «Merkblatt Bienenvölker in Naturschutzgebieten», Oktober 2018, S. 2

<sup>6</sup> Bieneninspektorin des Kantons Basel-Stadt, Oktober 2022

<sup>7</sup> Casanelles-Abella, J., & Moretti, M., 2022, «Challenging the sustainability of urban beekeeping using evidence from Swiss cities», npj Urban Sustainability, 2, 3 (5 pp.)

Claudia Baumgartner, Brigitte Kühne

#### 5. Anzug betreffend kantonale Beiträge zur Sicherheit von Minderheiten

23.5089.01
------------

Seit dem 1. Februar 1999 gilt für die Schweiz das Rahmenübereinkommen vom 1. Februar 1995 zum Schutz nationaler Minderheiten (SR 0.441.1, RÜ). Die Schweiz und der Kanton Basel-Stadt sind somit verpflichtet, einen angemessenen Schutz von Minderheiten zu gewährleisten, wenn diese wegen ihrer spezifischen Identität feindseligen oder gewalttätigen Handlungen ausgesetzt sind (vgl. Art. 6 Abs. 2 RÜ). Abgesehen von der zentralen Präventionsarbeit, Z.B. zum Abbau von Rechtsextremismus, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus, braucht es je nach Bedrohungslage auch konkrete Sicherheitsmassnahmen, damit die Sicherheit, die Religionsfreiheit und Versammlungsfreiheit von Minderheiten gewährleistet ist. Per 2023 hat der Bund die Gelder erhöht, die er seit 2020 zur Mitfinanzierung von Schutzmassnahmen zur Verfügung stellt. Die Kantone Bern und Zürich haben vor kurzem Verordnungen erlassen, welche die Mitfinanzierung durch den Kanton und das Antragsverfahren regeln. In Basel

hingegen ist nicht geklärt, wie Religionsgemeinschaften oder andere Minderheiten Anträge stellen können. Zu betonen ist, dass Basel-Stadt dennoch schweizweit eine Vorreiterin ist: Bereits 2018 hat der Kanton ein Projekt «Jüdische Sicherheit Basel» lanciert und mittels zweier Ausgabenberichte (2018, 2020) bauliche Massnahmen und Ausbau polizeilicher Präsenz finanziert. Wie allerdings Gemeinschaften, die mit diesen Erlassen nicht berücksichtigt wurden, Anträge stellen könnten, gilt es aus Sicht der Unterzeichnenden jetzt zu klären.

Aus Sicht der Unterzeichnenden ist es zentral, dass bauliche oder andere Massnahmen, die mit öffentlichen Mitteln mitfinanziert werden, Teil eines ganzheitlichen Sicherheitskonzeptes sind, welches auf einer realistischen Sicherheitsanalyse aufbaut. Die Behörden sollen die Institutionen dabei fachlich unterstützen. Massnahmen sollen nicht der visuellen Abschreckung oder primär der Schaffung eines subjektiven Sicherheitsgefühls dienen, auch Einschränkungen des öffentlichen Raums durch Videoüberwachung sind zu unterlassen. Es sollen weiterhin keine privaten Sicherheitsdienste mit öffentlichen Mitteln finanziert werden, sondern bei Bedarf soll die polizeiliche Präsenz erhöht werden auf Kosten des Kantons.

Die Unterzeichnenden bitten die Regierung deshalb zu prüfen und zu berichten,

1. ob ein klares Verfahren geschaffen werden kann, damit religiöse und andere Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen bei Bedarf Anträge zur Unterstützung ihrer Sicherheitsbestrebungen stellen können.
2. ob dafür ein Leitfaden oder eine Verordnung erstellt werden soll.
3. ob die Mitfinanzierung von baulichen Massnahmen auch bei Mietobjekten möglich sein soll.
4. wie die Koordinationsstelle für Religionsfragen bei der Prüfung der Anträge beigezogen werden kann.
5. ob, wenn Gelder für Sicherheitsmassnahmen gesprochen werden, auch ein bestimmter Anteil zusätzlich gesprochen wird für die Verstärkung präventiver Bestrebungen, welche Z.B. Antisemitismus langfristig bekämpfen (wie Projekte vom Runder Tisch der Religionen).

Barbara Heer, Claudia Baumgartner, Brigitte Gysin, Pascal Messerli, Mahir Kabakci, Johannes Sieber, Philip Karger, Fleur Weibel, David Jenny

#### 6. Anzug betreffend Stärkung der Teilhabe an Kultur durch Ausbau und Konsolidierung des Angebots der «KulturLegi»

23.5090.01
------------

Wer Stipendien, Prämienverbilligungen oder Sozialhilfe bezieht, kann die «KulturLegi» beantragen. Diese Karte berechtigt zu Vergünstigungen in verschiedenen Lebensbereichen, wie beispielsweise auf Eintritte zu kostenpflichtigen Kultur-Veranstaltungen. Sie ermöglicht folglich die Teilhabe an Kultur gezielt für jene Menschen, die finanziell darauf angewiesen sind. Laut Medienberichten wird das Angebot Basel unterdurchschnittlich genutzt: Beide Basel (2'104 Nutzer:innen) gegenüber dem Kanton Zürich (23'000 Nutzer:innen) und Kanton Waadt (60'000 Nutzer:innen).

Gemäss der Beantwortung der schriftlichen Anfrage Johannes Sieber betreffend «Stellenwert der 'KulturLegi' für Ziele der Kulturstrategie 2020/2025» (22.5508.02) wird die Teilhabe am kulturellen Leben auf verschiedenen Ebenen gefördert. So unterstützt der Regierungsrat private Angebote wie zum Beispiel den «Familienpass» mit staatlichen Beiträgen des Erziehungsdepartementes, setzt sich mit spezifischen Angeboten für die Teilhabe geflüchteter Menschen am kulturellen Leben ein oder ermöglicht mit dem eigenen Projekt «KulturCommunity» Menschen in prekären Lebenssituationen gemeinsame Besuche von Kulturveranstaltungen.

Auch die «KulturLegi» habe in diesem Zusammenhang einen hohen Stellenwert. Der Kanton fördert das Projekt deshalb seit 2019 mit einem eigenen Staatsbeitrag von 20'000 Franken p. a. und verpflichtet alle kantonalen Museen und seit 2021 auch Kulturinstitutionen mit Betriebsbeiträgen dazu, eine angemessene Vergünstigung für Personen mit «KulturLegi» anzubieten.

Die Sozialhilfe Basel-Stadt und das Amt für Sozialbeiträge Basel-Stadt im Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartement (WSU) planen verschiedene Massnahmen, um die Bekanntheit und Sichtbarkeit der «KulturLegi» bei den Anspruchsberechtigten zu erhöhen. Diese konzentrieren sich besonders auf zusätzliche Informationsmassnahmen. Zudem soll der Anmelde-Prozess und die Prüfung der Berechtigung vereinfacht werden.

Die Anzugstellenden begrüssen das. Es ist ihnen jedoch ein Anliegen, dass auch die Abteilung Kultur des Präsidialdepartements (PD) in die Überlegungen mit einbezogen wird. Nicht nur soll die Bekanntheit der «KulturLegi» gesteigert werden, sondern auch deren Attraktivität. Das Angebot an vergünstigten Angeboten soll über kantonseigene und -nahe Angebote hinaus erweitert werden. Zudem soll die Konsolidierung der bestehenden Vergünstigungen und ihre systematische Aktualisierung die Qualität des Angebots sichern.

Aus diesem Grund bitten die Anzugstellenden den Regierungsrat zu prüfen und berichten:

1. Ob die in der Beantwortung der schriftlichen Anfrage (22.5508.02) erwähnten Massnahmen für die Niederschwelligkeit bei der Beantragung der «KulturLegi» nach dem Vorbild der Kantone Zürich und Waadt zeitnah umgesetzt werden können?
2. Wie er das Angebot der «KulturLegi»-Vergünstigungen über kantonseigene und -nahe Kultur- und Sport-Angebote (z.B. neben Museen auch Hallen- und Freibäder) hinaus erweitern und auch private Anbieter verstärkt berücksichtigen kann?
3. Ob das Angebot in Zusammenarbeit mit bestehenden Verbänden und (digitalen) Plattformen von Kultur, Gastronomie & Freizeit erweitert werden kann?

4. Wie die bestehenden Programme (Familienpass, KulturCommunity, KulturLegi, andere) konsolidiert und die Qualität des Angebots der «KulturLegi» durch eine systematische Aktualisierung gesteigert werden kann?
5. Ob für die Bekanntmachung des Angebots die Website der «KulturLegi» optimiert und die Zusammenarbeit mit bestehenden Multiplikatoren, wie beispielsweise die Programmzeitung, denkmal.org, musik.bs und anderen (digitalen) Plattformen eingegangen werden kann?

Johannes Sieber, Nicole Amacher, Christoph Hochuli, Balz Herter, Sandra Bothe-Wenk, Andrea Strahm, Joël Thüring, Luca Urgese, Laurin Hoppler, Christine Keller, Catherine Alioth

## 7. Anzug betreffend Freilaufareale für Hunde

23.5091.01
------------

Unstrittig hat die Hundehaltung eine hohe soziale Bedeutung, gerade auch für viele ältere Mitbürger:innen. Ebenso unstrittig ist das Bedürfnis der Hunde nach freiem Auslauf, Kontakt und Spiel mit den Artgenossen. Im Kanton Basel-Stadt leben heute rund 5700 Hunde (Quelle stat. Jahrbuch, S. 237). Ihre Halter:innen unterliegen der Hundesteuer.

Während auf vielen städtischen Parks der Zugang mit Hunden ganz verboten oder nur mit Leinenpflicht gestattet ist, steht den Hunden heute einzig im Horburgpark im Kleinbasel ein offizieller Hundepark zur Verfügung. Daneben existiert als „Freilaufareal für Hunde“ die Riehenteichanlage beim Messeplatz, ohne besondere Einrichtungen wie Spielgeräte oder einen Wasseranschluss. Die Anlage befindet sich seit längerem in einem wenig einladenden Zustand; der frühere Rasen wie auch der zentrale Platz mit den Bänken für die Tierhaltenden ist mangels geeigneter Neubepflanzung oder Belag (Mulch o.ä.) nach Regenfällen „verschlammt“. Nichtsdestotrotz erfreut sich die Anlage hohen Zuspruchs; mangels Alternative nehmen viele Hundehaltende auch die Anreise aus weiter entfernten Quartieren im Grossbasel in Kauf. Die Hundestrände am Rheinufer im Klein- und Grossbasel sind nicht umzäunt und können das Bedürfnis der Hunde nach Auslauf und Spiel schon rein platzmässig nicht abdecken. Zu weiterer Problematik, namentlich für ältere Hundehaltende, betreffend Eignung und Zugänglichkeit dieser Orte wird auf die Schriftliche Anfrage von Beatrice Isler betreffend Freilaufmöglichkeiten für Hunde aus dem Jahr 2020 verwiesen.

Die Situation hat sich somit seit der Beantwortung der Schriftlichen Anfrage von Beatrice Isler betreffend Freilaufmöglichkeiten für Hunde vom Juni 2020 (20.5112.02) nicht verändert. Insbesondere wurde in der Zwischenzeit die im damaligen Antwortschreiben der Regierung als in Prüfung befindliches Projekt erwähnte Hundefreilaufzone im Margarethenpark bisher nicht realisiert, obwohl dies auch der Petentschaft in der Petition „für einen Freiraum für Hunde im Margarethenpark“ (gerichtet an die Stadtgärtnerei) in Aussicht gestellt wurde (vgl. Bz vom 27.03.2020). Es scheint, als hätten sich bei der Umsetzung Probleme ergeben - von einem Ersatzprojekt ist aber öffentlich nichts bekannt.

Die Situation für die Hundehaltenden bzw. für ihre Tiere wird sich noch verschärfen, wenn ab diesem Jahr während der Brut- und Setzzeit ab 1. April bis Ende Juli für Teile der bei „Hündelern“ beliebten Lange Erlen, wie in der umliegenden Landschaft, eine Leinenpflicht bestehen wird.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat daher zu prüfen und zu berichten, wie so bald als möglich das bestehende Angebot an Hundefreilaufarealen und Hundeparks in Basel-Stadt ausgebaut werden kann.

Christine Keller, Michela Seggiani, Brigitte Gysin, Jeremy Stephenson, Sasha Mazzotti, Lorenz Amiet, Andrea Strahm, Harald Friedl, Daniel Seiler, Salome Bessenich, Johannes Sieber, Tonja Zürcher, Christian von Wartburg, Nicole Amacher

## Interpellationen

### Interpellation Nr. 18 betreffend Public-Private-Pay-Gap im Kanton Basel-Stadt

23.5063.01
------------

In der neuen Studie «Lohnprämie für Staatsangestellte: Verwaltungslöhne unter der Lupe» des Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik der Universität Luzern belegt unter anderem der Basler Ökonom Christoph Schaltegger den in der Schweiz existierenden Public-Private-Pay-Gap. Dessen Existenz zeigt auf, dass bei Arbeitskräften mit gleichen Merkmalen, das heisst mit gleichem Alter, Geschlecht, Bildungshintergrund, Pensum etc. eine signifikante Lohndifferenz zwischen den Löhnen beim Staat und den Löhnen in der Privatwirtschaft bestehen. Die Studie kommt zum Schluss, dass Angestellte der Bundesverwaltung im Schnitt 11,6 Prozent mehr verdienen als ihre «statistischen Zwillinge» in der Privatwirtschaft. In den Kantonsverwaltungen liegt die Differenz laut Studie bei 4,3 Prozent.

In einem Interview mit der BaZ vom 9. Februar 2023 (<https://www.bazonline.ch/hallo-planwirtschaft-einflussreicher-oekonom-kritisiert-staatliche-dominanz-667310725066>) bezeichnet Christophe Schaltegger diesen unbegründeten Lohnunterschied als eine zentrale Ursache für den Fachkräftemangel. Dieser existiere vor allem bei den KMU, wie er im Interview betont. Denn die KMU können nicht mit den Löhnen in der Verwaltung mithalten, was die Arbeitskräfte von der Privatwirtschaft hin zur Verwaltung verschiebe. Weil der Staat kaum durch Budgetrestriktionen beschränkt sei und dadurch kaum Effizienzreize bestünden, sässe der Staat gegenüber der Privatwirtschaft am längeren

Hebel. Damit könne systematisch mit hohen Löhnen um die besten Arbeitskräfte geworben werden. Dies verzerrt laut Christoph Schaltegger den Wettbewerb.

Vor diesem Hintergrund und in diesem Zusammenhang bittet die Interpellantin den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie gross ist der Public-Private-Pay-Gap im Kanton Basel-Stadt?
2. Wie ordnet der Regierungsrat die Schlussfolgerung der Studie ein, die besagt, dass die hohen Löhne des Staats starken Druck auf die Privatwirtschaft ausüben?
3. Sieht der Regierungsrat darin ebenfalls einen Grund für den Fachkräftemangel?
  - a. Wenn ja, welche Lösungsansätze sieht der Regierungsrat?
  - b. Wenn nicht, warum nicht?

**Studie:** Blümel F. & Portmann M., Schaltegger C. (2023). Lohnprämie für Staatsangestellte: Verwaltungslöhne unter der Lupe. IWP Policy Papers. <https://admin.iwp.swiss/wp-content/uploads/2023/02/Lohnanalyse-oeffentliche-Verwaltung-IWP-Policy-Paper-2023.pdf>

Nicole Strahm-Lavanchy

**Interpellation Nr. 19 betreffend Linksextreme Klima-Chaoten terrorisieren und verschandeln unsere Stadt und verletzten Polizeikräfte – wie lange noch?**

23.5064.01

Der vergangene Samstag (11. Februar 2023) wird als Tag der Schande in die Basler Geschichte eingehen. Einmal mehr hat eine illegale Demonstration linksextremer Klima-Chaoten die Innenstadt lahmgelegt, einmal mehr konnte die Polizei Recht und Ordnung nur bedingt durchsetzen. Gemäss Mitteilung der Kantonspolizei haben sich rund 200 vermummte illegal demonstrierende mehrfach den Anweisungen der Polizei widersetzt, so dass diese Gummischrot, Reizstoff und Pfefferspray einsetzen musste. Es kam zu Gewalt und Sachbeschädigungen – u.a. wurden zwei Polizistinnen und ein Polizist durch Feuerwerkskörper verletzt.

Die linksextremen Klima-Chaoten warfen Feuerwerkskörper, Steine und weitere Gegenstände und nahmen so in Kauf, dass Polizistinnen und Polizisten verletzt werden und erheblicher Sachschaden an unserer Innenstadt entsteht. Mehrfach gelang es der Polizei nicht, die linksextremen Klima-Chaoten zurückzudrängen – an diversen Orten kam es an diesen Nachmittag wiederholt zu Zusammenstössen.

Gemäss Polizei war ein überwiegender Teil der illegal demonstrierenden Klima-Chaoten gewaltbereit und mit Schutz- und Vermummungsmaterial ausgerüstet. Die Polizeikräfte wurden gezielt angegriffen und die Eskalation aktiv gesucht. Es kam auf der gesamten Route zu Sachbeschädigungen durch Schmierereien und Farbbeutel. Immerhin konnte eine Vermischung der gewaltbereiten Klima-Chaoten mit dem Publikumsverkehr im Kern der Innenstadt verhindert werden.

Diese illegale Demonstration wirft Fragen auf. So hat ein Polizeisprecher gegenüber Medien zugegeben, dass die Demonstration unterschätzt und zu wenig Polizeikräfte aufgeboden wurden. Auch gegenüber Gewerbetreibenden wurde das Risiko einer Eskalation heruntergespielt. Diese Fehleinschätzung der Polizeileitung – nicht zum ersten Mal - ist zu bedauern, wenngleich insbesondere den Polizistinnen und Polizisten ein grosser Dank auszusprechen ist. Ihr grosses Engagement und ihre Einsatzbereitschaft, sich den illegalen Klima-Chaoten in den Weg zu stellen, hat dazu geführt, dass (noch) Schlimmeres verhindert werden konnte.

Der Interpellant bittet den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie kam es im Vorfeld, wie bedauerlicherweise auch schon bei anderen Vorfällen, zu einer derart eklatanten Fehleinschätzung der Polizeileitung?
2. Sind durch diese Fehleinschätzung im Einsatz stehende Polizistinnen und Polizisten unnötigerweise einer zusätzlichen Gefahr ausgesetzt worden?
3. Welche Lehren zieht die Polizeileitung und wird die Departementsvorsteherin intervenieren?
4. Weshalb wurde das geltende Vermummungsverbot nicht konsequent durchgesetzt?
5. Wie viele Personen wurden aufgrund des Verstosses gegen das Vermummungsverbot verzeigt?
6. Wie viele Personen wurden aufgrund der schweren Verstösse gegen diverse Gesetze verhaftet? (Bitte einzeln aufführen mit Geschlecht, Alter, Nationalität, Wohnort)
  - 6.1 Falls Niemand verhaftet wurde: Weshalb nicht?
7. Gegen wie viele Personen wird eine Strafanzeige eingereicht? (Bitte einzeln aufführen mit Geschlecht, Alter, Nationalität, Wohnort)
8. Hält es der Regierungsrat für angemessen, dass Verstösse gegen geltende Gesetze (Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten, Verstoss gegen das Vermummungsverbot, Sachbeschädigungen etc.) nicht geahndet werden?
  - 8.1 Falls nein, wie will er sicherstellen, dass künftig lückenlos Verstösse geahndet werden und der Rechtsstaat glaubwürdig bleibt?

9. Was hat diese illegale Demonstration den Steuerzahler gekostet? (Bitte einzeln aufführen: Einsatz Polizei, Umleitungen ÖV, Einsatz weiterer Personen wie bspw. BVB-Mitarbeitende, Feuerwehr, Sanität und Stadtreinigung etc.)
10. Wie hoch ist der entstandene Sachschaden?
11. Werden die Kosten für den Polizeieinsatz, weitere Kosten (gemäss Frage 9) und die Kosten für entstandenen Sachschaden den Chaoten in Rechnung gestellt?
  - 11.1 Falls nein, weshalb nicht?

Joël Thüring

**Interpellation Nr. 20 betreffend Demo vom 11. Februar 2023**

23.5084.01

Es war eine schlimme Demo am 11. Februar 2023. Die Polizei sagte, sie wusste nichts von Gewaltbereiten. Sah die Polizei denn nicht die vielen Wandschmierereien in der ganzen Stadt?

Eric Weber

**Interpellation Nr. 21 betreffend ist die gemeinsame Gesundheitsregion ein Papiertiger?**

23.5094.01

Am 10. Februar 2019 - also vor genau vier Jahren - hat die stimmberechtigte Bevölkerung der Kantone Basel-Stadt und Baselland den Staatsvertrag zur Planung, Regulation und Aufsicht in der Gesundheitsversorgung deutlich angenommen. Dieser Staatsvertrag bildet die Grundlage für die Versorgungsplanung in der "Gemeinsamen Gesundheitsregion (GGR)" mit folgenden Zielen:

- eine optimierte Gesundheitsversorgung der Bevölkerung der beiden Kantone
- eine deutliche Dämpfung des Kostenwachstums im Spitalbereich sowie
- eine langfristige Sicherung der Hochschulmedizin in der Region

Die gemeinsame Gesundheitsversorgung umfasst gemeinsame Planung und Projekte, die Koordination und Konzentration der medizinischen Leistungen im Versorgungsraum, die Festlegung der Kriterien für die Spitalisten sowie den Informationsaustausch untereinander. Die Gemeinsame Durchführung der Bedarfsanalyse im stationären und ambulanten Bereich wird explizit unter §4 Abs.2a festgehalten.

Am 9. Februar berichtete die BaZ, dass das Universitätsspital Basel (USB) in Reinach BL eine neue Klinik für Nierenheilkunde mit 12 ambulanten Dialyse-Plätzen plant. Als Begründung für die Expansion des USB wird eine Unterversorgung im Birstal und Leimental behauptet. Das Kantonsspital Baselland (KSBL) kann dies nicht nachvollziehen. Das KSBL betreibt in Liestal und auf dem Bruderholz eigene Dialyse-Stationen und in Münchenstein besteht zudem eine private Praxis mit einem Dialyse Angebot. Die Kapazitäten in der Region sind bei weitem noch nicht ausgelastet und die Tendenz zu Heimdialysen wird in Zukunft weiter steigen. Die Expansionspläne des USB verschärft die Konkurrenz zwischen den Spitaler ohne einen Mehrbedarf auszuweisen. Sinn und Zweck des Staatsvertrags zur gemeinsamen Gesundheitsversorgung ist es genau dies zu verhindern.

Es irritiert, dass die beiden zuständigen Departemente darin kein Problem und keine Handhabe sehen. Bezugnehmend auf die geschilderten Problemstellungen, bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wurden die beiden zuständigen Regierungsräte und Departemente (GD/VGD) vorab über die Pläne für eine Dialysestation in Reinach BL des USB informiert? Besteht eine Informationspflicht bei der Planung von neuen Angeboten?
2. Besteht eine gemeinsame Bedarfsanalyse in der Nierenheilkunde (stationär und ambulant)? Welcher Bedarf an ambulanten Dialyse-Plätzen wird dabei ausgewiesen und in welcher Region des GGR besteht möglicherweise eine Unterversorgung?
3. Können die beiden zuständigen Regierungsräte und Departemente eine Überversorgung bei den Dialyse-Plätzen im Versorgungsraum ausschliessen?
4. Inwiefern kommt der Staatsvertrag zur gemeinsamen Gesundheitsversorgung bei Erstellung von neuen ambulanten medizinischen Leistungen (Kliniken/Angebote) zum Tragen? Wie verhindern die zuständigen Departemente eine Konkurrenzierung zwischen den Spitalern in bestimmten Bereichen und eine Überversorgung im GGR?
5. Mit welchen Massnahmen könnte die Heimdialyse mit der Spitem und in den Pflegeheimen in der GGR gefördert werden?
6. Sind die beiden Regierungsräte bestrebt eine erste Auswertung nach vier Jahren gemeinsame Gesundheitsregion vorzunehmen und den Parlamenten vorzulegen?

Oliver Bolliger

**Interpellation Nr. 22 betreffend Gesundheitsgefährdung im Strassenbau (Bitumen)**

23.5096.01

Bauarbeiter sind bei Strassenerneuerungen täglich Dämpfen von Bitumen ausgesetzt (früher Strassenteerung). In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob Strassenarbeiter durch das Einatmen der Dämpfe und Aerosole einer erhöhten Gesundheitsgefährdung unterliegen, insbesondere Lungenkrebs. In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist das Ausbringen des Strassenbelags mit Bitumenprodukten, oder aus anderen Gründen, für die Arbeiter schädlich?
2. Besteht ein erhöhtes Krebsrisiko?
3. Falls ja, welche Massnahmen gedenkt der Regierungsrat zu treffen, um die Strassenarbeiter vor einer Gesundheitsgefährdung zu schützen?
4. Ist das Einatmen der Aerosole im Sommer bei hoher Temperatur eine grössere Gefahr als im Winter?
5. Warum werden im Sommer Sportlerinnen und Sportler davor gewarnt, während der Hitze Sport zu treiben, währenddessen die Bauarbeiter (hier die Strassenarbeiter) bei grosser Wärme Strassenbelege auslegen müssen.
6. Was gedenkt der Regierungsrat insgesamt zum Schutz der Strassenarbeiter vorzunehmen?

Stefan Suter

**Interpellation Nr. 23 betreffend Aufnahme und medizinische Versorgung von Kindern samt Begleitpersonen aus dem Erdbebengebiet**

23.5101.01

Fast drei Wochen nach den verheerenden Erdbeben in der Südtürkei und im Norden Syriens schwindet die Hoffnung, in den Trümmern noch Überlebende zu finden. Die meisten Rettungsteams sind mittlerweile aus der Türkei abgereist. Was bleibt, sind Schäden in Milliardenhöhe und unendliche Trauer. Inzwischen ist die Zahl der Todesopfer auf 50'000 gestiegen, mehr als 100'000 Verletzte werden gezählt, und 2,2 Millionen Menschen sind geflohen. Heute, nach mehreren Wochen, können wir sagen, dass seither nichts mehr so ist, wie es einmal war. Auf einen Schlag haben wir so viel Zerstörung, so viele Tote und so viel Leid erlebt und bezeugt, als ob ein Krieg in der Türkei stattgefunden hätte. Eine gesamte Region, in der 13 Millionen Menschen leben, ist verwüstet: über 12'000 Gebäude sind eingestürzt, Strassen sind zerstört, Brücken eingefallen und ganze Ortschaften existieren nicht mehr. Vielleicht kann das eines Tages wieder aufgebaut werden. Die Betroffenheit ist auch in Basel-Stadt sehr gross, da viele Basler:innen Angehörige haben, die in der betroffenen Grossregion verstorben oder in dieser Stunde obdachlos sind. Hauptleidtragende solcher Katastrophen sind immer die vulnerabelsten Gruppen. Besonders gefährdet sind Kinder, die nun mit ihren Familien auf der Strasse leben müssen, die unter der Kälte leiden und denen es an allem Lebensnotwendigen fehlt. Der Kanton Basel-Stadt kann einen Beitrag zur Linderung des Leidens der Kinder in der Türkei und Norden Syriens leisten und eine gewisse Anzahl Kinder – bspw. 50 und deren Begleitpersonen aufnehmen, die in Basel medizinisch versorgt werden sollen. Basel hat eine lange humanitäre Tradition und kann als Menschenrechtsstadt auch von hier aus ihren Beitrag leisten.

Ich bitte den Regierungsrat deshalb um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Der Regierungsrat wird aufgefordert, schnellstmöglich alle notwendigen Schritte einzuleiten, dass beim Staatssekretariat für Migration (SEM) das Anliegen deponiert wird, und eine gewisse Anzahl Kinder - bspw. 50 Kinder und deren Begleitpersonen aus dem Erdbebengebiet aufzunehmen und medizinisch zu versorgen.
2. In den vergangenen Jahren konnten wir beobachten, dass die Bevölkerung gewillt ist, bei der Unterbringung von Menschen in Not zu helfen. Es gibt aufnahmebereite Personen mit angemessenen Platzverhältnissen. Ist der Regierungsrat bereit, die Koordination von aufnahmebereiten Personen zu gewährleisten und zu unterstützen?
3. Gibt es weitere Unterstützungsmassnahmen für die Erdbebenopfer in der Türkei und Syrien, die der Regierungsrat geplant hat? Falls ja, wie sehen diese aus? Falls nein, welche zusätzlichen Unterstützungsmassnahmen wären aus Sicht des Regierungsrates möglich?

Edibe Gölgeli

**Interpellation Nr. 24 betreffend Dritte «Einfangaktion» der Rehe auf dem Friedhof Hörnli**

23.5103.01

Am 8. März 2023 wurde der Friedhof Hörnli zum dritten Mal geschlossen, um Rehe einzufangen, um diese dann im Kanton Jura auszusiedeln. Der Interpellantin ist nicht bekannt, dass diese Aktion offiziell angekündigt wurde. Für die Interpellantin ist nicht nachvollziehbar, weshalb eine Schonzeit des Wildes, zwar im Jagdgesetz aus gutem Grunde geregelt ist, aber sich der Kanton darüber hinwegsetzen kann und somit das Wild, speziell die nun trächtigen Rehgeissen gefährdet und einem enormen Stress aussetzt.

Die Interpellantin bittet deshalb den Regierungsrat um die Beantwortung nachstehender Fragen:



1. Wurde im Voraus darüber informiert, dass eine Dritte Aktion am 8. März 2023 morgens stattfinden wird? Wenn ja, auf welchen Plattformen? Wenn nein, weshalb nicht?
2. Nach der zweiten Einfangaktion, die anscheinend erfolglos war, teilte der Kanton mit, dass es erst zu einem viel späteren Zeitpunkt möglich sein wird, erneut eine solche Aktion in die Wege zu leiten. Was hat den Kanton dazu bewogen, trotzdem sich darüber hinwegzusetzen?
3. Sind sich die Verantwortlichen dieser Einfangaktion bewusst, dass zum jetzigen Zeitpunkt die sogenannte Keimruhe (auch Eiruhe genannt) der Rehgeissen schon längststens (Anfang Januar 2023) vorbei ist und viele Rehgeissen deshalb trächtig sind?
4. Sind sich die Verantwortlichen bewusst, dass diese Aktionen (Treiben von Wild) ein riesiger Stress für die Tiere bedeutet und es deshalb zu Komplikationen während der Trag- und der Setzzeit bei Rehgeissen kommen kann?
5. Wie rechtfertigen die Verantwortlichen den widersprüchlichen Zeitpunkt, dass im Jagdgesetz die Schonzeit ab 1. Januar 2023 gilt, aber die Rehe bereits zum Dritten Mal, während dieser Schonzeit im Auftrag des Kantons getrieben werden?
6. Hat der Regierungsrat nicht den Eindruck, dass die Tierschutzorganisation (in diesem Fall Fondation Franz Weber) und die Verantwortlichen des Kantons (in diesem Fall die Stadtgärtnerei) sich mit solchen Aktionen unglaublich machen, da sie belegbar Tiere hetzen, die zu dieser Jahreszeit geschont werden müssen (siehe Jagdgesetz V. Schutz des Wildes, § 21 Jagdbare Arten und Schonzeiten).
7. Sind noch weitere solche Aktionen während der Schonzeit geplant oder kann endlich davon ausgegangen werden, dass das Ende der Schonzeit für Rehgeiss und Rehkitz (1. Januar-31.10.) vom Kanton eingehalten wird?
8. Wie kann der Kanton in Zukunft eine Busse gegenüber Hundebesitzern rechtfertigen und durchsetzen, deren Hunde zwar trächtige Rehgeissen im Wald hetzen, aber der Kanton ja selber dies auf dem Friedhof Hörnli im grossen Stil selber tut und sich dem Gesetz widersetzt?

Jenny Schweizer

**Interpellation Nr. 25 betreffend Digitalisierung im Gesundheitswesen –  
Plattformbasierte Applikationen für die Gesundheitsregion Basel anstatt teure  
Softwarebeschaffung für einzelne Spitäler**

23.5104.01

Die Digitalisierung im Gesundheitswesen kommt trotz aller Bemühungen nur schleppend voran [1]. Die Politik hat die Dringlichkeit einer effizienten Digitalisierung erkannt. Das zeigen Interpellationen und schriftliche Anfragen zum Stand des Elektronischen Patientendossiers (EPD) [2] und anonymisierten Forschungsdaten im Kanton Basel-Stadt [3] und eine hängige Standesinitiative [4] zur Schaffung von einheitlichen Datenstandards im Gesundheitswesen. Insbesondere letztere hält fest, dass «Die Bedeutung von strukturierten Gesundheitsdaten für Lehre und Forschung, Gesundheitsversorgung und Governance (...) kaum überbetont werden [kann]». Die Wichtigkeit eines einheitlichen, datenbasierten «Gesundheitsdatenökosystems» hat auch die Wirtschaft mit der Gründung des Pilotprojekts «Bâle Dat» durch die Handelskammer beider Basel erkannt [5]. Dieses Projekt treibt die Idee eines «Gesundheitsdatenökosystems» voran; in diesem stehen alle medizinischen Daten aufgrund eines einheitlichen Datenmodells allen Akteuren und Institutionen des Gesundheitssystems einfach austauschbar zur Verfügung. Dadurch werden Projekte wie das EPD, der Austausch von Daten mit dem Krebsregister aber auch Verlegungen und Behandlungen von Patienten sicherer und effizienter. So ein System muss nicht Wunschdenken bleiben, sondern findet beispielsweise bereits am schwedischen Karolinska Institutet klinische Anwendung. Dort wird auf Basis eines offenen Datenformats (openEHR) die datenbasierte Digitalisierung vorangetrieben. Auch in Basel kommt openEHR bereits mit Erfolg im Kontext des Projekts «Personalized Health Basel» im Bereich Krebsdatenerfassung und -weiterleitung ans Krebsregister prototypisch zur Anwendung.

Die derzeitige Datenerhebung und Dokumentation in den Spitälern behindert die Entstehung eines Gesundheitsdatenökosystems. Die medizinische Dokumentation findet in Spitälern über Klinikinformationssysteme (KIS) statt. Die Applikationslandschaft ist jedoch aktuell sehr heterogen und generiert Daten, welche in digitalen Aktenschränken der Spitäler verstaut sind und sich nur schwer zwischen den Institutionen austauschen lassen. Paradebeispiel dafür sind die aus der Coronapandemie bekannten gefaxten Testresultate. Zudem führt der Datenalat zu massiven Zeit- und Effizienzverlusten im klinischen Alltag für die bereits geplagte Pflege- und Ärzteschaft und es droht langfristig ein Abstieg des Forschungs- und Wirtschaftsstandortes Basel.

Aktuell wird im Universitätsspital Basel ein neues Klinikinformationssystem (KIS) evaluiert. Zur Wahl stehen der Schweizer Marktführer Cistec mit dem Produkt KISIM und der Marktführer in den USA Epic Corporation Systems mit dem Produkt Epic.

Die Einführung des amerikanischen Produktes Epic hat gemäss Medienberichten im Kantonsspital Luzern 2020 über 70 Millionen Franken gekostet. Die geplante Einführung im Inselspital Bern mit Aufschaltung 2023 wird mit 83 Millionen Franken veranschlagt. Diese Beträge beziffern lediglich die Lizenzkosten. Die Einführungskosten sind noch viel höher. Die Investitionshöhe wäre im Universitätsspital Basel wohl vergleichbar.

Insgesamt ist aber nicht klar, ob die evaluierten Applikationen dem Anspruch eines datenbasierten «Gesundheitsökosystems» entsprechen, da von Herstellerseite die Daten bisher nicht in einem interoperablen

Datenformat zur Verfügung gestellt werden und es ausserdem für eine solche Bereitstellung von interoperablen Daten keine gesetzgeberische Verpflichtung gibt.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist die Regierung über die aktuell laufende Evaluation der genannten KIS am Universitätsspital als grösstes öffentliches Spital der Nordwestschweiz im Bilde? Wie schätzt sie die Tragweite dieses Entscheides in Bezug auf die Gesundheitsregion Basel ein?
2. Als wie sinnvoll erachtet die Regierung die Tatsache, dass das Universitätsspital Epic evaluiert, während im UKBB und KSBL bereits KISIM eingeführt worden ist und die UPK dessen Einführung plant?
3. Wie schätzt die Regierung das Potenzial eines neuen Klinikinformationssystems im USB (=einer primären Quelle der Datenerhebung) im Hinblick darauf ein, die Idee eines Gesundheitsökosystems in eine zukunftsfähige Richtung zu lenken?
4. Stimmt die Regierung zu, dass eine solche Investition in Millionenhöhe das Potential hätte, das gesamte Gesundheitsdatenökosystem in der Region Basel zu fördern, anstatt dass einzelne Applikationen für ein einziges Spital gekauft werden? Falls nein, weshalb nicht? Falls ja, was kann der Regierungsrat unternehmen, um die Förderung eines Gesundheitsdatenökosystems in der Region Basel sicherzustellen?
5. Ist die Regierung der Ansicht, dass der im Projekt "Personalized Health Basel" verwendete offene Standard openEHR ein Weg in die Richtung eines Gesundheitsdatenökosystems wäre und entsprechend gefördert werden sollte? Falls nein, weshalb nicht?
6. Wie schätzt die Regierung eine Verpflichtung von Softwareherstellern in öffentlichen Spitälern ein, Daten in einem einheitlichen und öffentlichen Datenformat (z.B. openEHR) zu speichern, resp. Schnittstellen basierend auf solchen offenen Standards zu bieten? Was sind aus seiner Sicht die Alternativen dazu?
7. Gibt es Bemühungen der Kantone z.B. im Rahmen der Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) auf ein schweizweites Gesundheitsdatenökosystem hinzuarbeiten?

Referenzen:

1. Roche und Co. warnen Daten-Phobie zeigt bereits negative Folgen für den Standort Basel. Basler Zeitung, 15.11.2022. <https://www.bazonline.ch/daten-phobie-zeigt-bereits-negative-folgen-fuer-den-standort-basel-175324901863>
2. Schriftliche Anfrage Tobias Christ vom 4. Mai 2022 «Stand der Einführung des elektronischen Patientendossiers».
3. Interpellation Lydia Isler-Christ vom 7. September 2022 «E-Health – Elektronisches Patientendossier und anonymisierte Patientendaten senken Kosten im Gesundheitswesen».
4. Standesinitiative Erich Bucher vom 23.06.2021 «Die Digitalisierung des Schweizer Gesundheitswesens vorantreiben – datenbasiertes Ökosystem für Forschung und Gesellschaft entwickeln».
5. Pilotprojekt angelaufen - Basel sammelt Gesundheitsdaten. Basler Zeitung, 06.02.2023. <https://www.bazonline.ch/basel-sammelt-gesundheitsdaten-606145735785>

Tobias Christ

#### **Interpellation Nr. 26 betreffend Gewährleistung der Bewirtschaftung und Benutzung der Rheingasse durch Anwohnende, Gewerbetreibende und Veranstaltende**

23.5105.01

Im Januar 2015 wurden die Rheingasse im Zuge des Projektes Entwicklungsrichtplan Innenstadt (Qualität im Zentrum) des BVD und viele weitere Altstadtstrassen weitgehend vom Autoverkehr befreit und alle Parkplätze aufgehoben.

Die Rheingasse wurde zur «Begegnungszone» erklärt (Verkehrsschild am Eingang zur Strasse) und mit Tempo 20 versehen. Mehr sah der Richtplan nicht vor. Die Rheingasse ist inzwischen die einzige Strasse, die die Bezeichnung «Begegnungszone» tatsächlich umgesetzt hat. Durch enormes Engagement von Anwohnenden, Gastronomen und Gewerbetreibenden entstand eine lebendige und bespielte Altstadtstrasse im Kern von Kleinbasel; eine Strasse mit Kompetenz, was das Zusammenspiel der Begegnungen zwischen dort lebenden Menschen und Besuchenden, ihrer Arbeit, dem gegenseitigen Austausch und der Qualität der Begegnungen betrifft. Dies im Unterschied zu einer rein touristischen Meile, die in der sozialen Qualität wenig Nachhaltigkeit entfaltet. Ausserdem entstand ein Projekt, die «Adväntsgass im Glibasel» - ein dreiwöchiger Weihnachtsmarkt in der Rheingasse, der seinesgleichen sucht und heute ein fester Bestandteil des Basler Weihnachtsmarktes ist.

Dieser Minikosmos ist nun durch umfangreiche geplanten Bauprojekte und Umgestaltungen in Gefahr. Nach zwei intensiven Pandemie Jahren hat insbesondere die Gastronomie bereits massiv gelitten. Erfolgen nun aus bauplanerischen Überlegungen weitere Nutzungseinschränkungen und drohen Verluste, ist die Attraktivität der Rheingasse auf längere Frist hin in erheblichem Masse in Frage gestellt.

Die derzeitige Ausgangssituation:

Durch den Grossbrand des Rhein Hof (Schwarzer Bären) am 17. August 2019 steht seit nunmehr 3 1/2 Jahren eine hässliche Brandruine in der Rheingasse und setzt wegen der enormen Stützabsperungen eine Zäsur in die Strasse.

Es bestehen so dunkle, unzugängliche Ecken, das Schafgässlein ist faktisch gesperrt, und durch die Nichteinsichtigkeit entfällt die soziale Kontrolle.

Nach neuester Erkenntnis wird der Bären zwischen Ende 2023 und 2025 neu gebaut. Danach werden zwischen ca. 2025 und 2027 die Fernwärme und ein neuer Strassenbelag in der Rheingasse realisiert. Ab 2024 wird wenige Meter neben dem grossen Baukran (der Baustelle Schwarzer Bären), der über der Rheingasse steht, das Hotel Merian totalsaniert. Gleichzeitig wird ab Ende 2023 die Berme des Oberen Rheinweges im Abschnitt der Mittleren Rheinbrücke bis zur Wettsteinbrücke abgebrochen und totalsaniert.

Führen diese Tätigkeiten dazu, dass die «Adväntsgass» nicht durchgeführt werden kann und die Boulevard-Gastronomie über 1-2 Jahre praktisch zum Erliegen kommt, wäre dies das sichere Ende dieses einzigartigen Projektes im Kleinbasel und der Todesstoss für die ganzen politischen Bemühungen der damaligen «Integralen Aufwertung Kleinbasel» aus dem Jahr 2000.

Wir bitten die Regierung deshalb um Auskunft zu den folgenden Fragen:

1. Was wird zur Entlastung der Anwohnenden, der Gastronomie und des Gewerbes während der ganzen Bautätigkeit unternommen?
2. Wie wird die Durchführung des beliebten Weihnachtsmarktes «Adväntsgass» während der fraglichen Bauperioden gewährleistet?
3. Wie kann die Durchführung der Aussengastronomie trotz Bauarbeiten aufrecht erhalten bleiben, insbesondere bei den Arbeiten zum Einzug der Fernwärme, insbesondere im Sommer?
4. Wie können die Bauarbeiten des Kantons zeitlich so geplant werden, dass sie neben den eh schon belastenden privaten Bauvorhaben (Neubau Bären und Sanierung Hotel Merian), nicht eine zusätzliche, toxische Einschränkung der Lebensader und der Boulevardbetriebe im unteren Teil der Strasse zur Greifengasse hin entfalten?
5. Welche Ausweichmöglichkeiten für die Durchführung der «Adväntsgass» im Dezember, eventuell durch Unterbruch der Bautätigkeit, bestehen?
6. Welche Ausweichmöglichkeiten können der Boulevard-Gastronomie angeboten werden, damit sie überleben kann?

Andrea Strahm

#### **Interpellation Nr. 27 betreffend Missachtung der Grundrechte durch den Polizeieinsatz gegen die feministische 8. März-Demonstration**

23.5106.01

Beim Polizeieinsatz gegen die friedliche, feministische 8. März-Kundgebung kam es zu einer massiven Verletzung der Versammlungs- und Meinungsäusserungsfreiheit. Statt zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung beizutragen, verhinderte die Polizei präventiv eine friedliche Versammlung und wendete grundlos Gewalt und polizeiliche Repressionen an. Dabei führte bereits das präventive Androhen von repressiven Massnahmen gegenüber friedlichen Teilnehmenden zu einem sogenannten «chilling effect», wodurch Menschen von der Ausübung ihrer Grundrechte abgehalten wurden.

Die Teilnahme an einer friedlichen, nicht bewilligten Kundgebung ist grundrechtlich geschützt und nicht strafbar. Es kann und darf nicht sein, dass friedliche nicht bewilligte Kundgebungen pauschal kriminalisiert und mit allen der Kantonspolizei zur Verfügung stehenden Mitteln unterbunden werden, ohne dass der Verhältnismässigkeit Rechnung getragen wird. Es wurden Gummigeschosse in die bereits von beiden Seiten eingekesselte Menschenmenge geschossen – teilweise auf Kopfhöhe und aus nächster Nähe, wie Videoaufnahmen zeigen. Eine Möglichkeit zum Ausweichen bestand nicht, wodurch die eingekesselten Menschen in Panik versetzt wurden. Insgesamt dauerte die Kesselung 4.5 Stunden. Eine unabhängige Berichterstattung durch anwesende Medienschaffende wurde stark eingeschränkt, da ihnen durch die weiträumige Absperrung und durch gezieltes Blenden eine genaue Sicht auf die Geschehnisse verwehrt wurde, wie Videoaufnahmen zeigen.

Auch Staatsrechtsprofessor Markus Schefer sagte gegenüber Bajour zum Polizeieinsatz am 8. März: «Die Verwendung von Gummischrot ohne Gefahr der Ausübung von Gewalt oder anderen schweren Verletzungen hochwertiger Rechtsgüter dürfte kaum zu rechtfertigen sein».

Es stellt sich daher die Frage, welche Bedeutung die verfassungsmässigen Grundrechte der Versammlungs-, Meinungsäusserungs- und Pressefreiheit für den Regierungsrat haben und wie er dafür sorgt, dass die Kantonspolizei den Grundsatz der Verhältnismässigkeit gewährleistet.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Erachtet der Regierungsrat das bereits im Voraus festgelegte Einsatzziel, die jährlich stattfindende feministische Demo am 8. März dieses Jahr mit allen Mitteln zu verhindern, grundsätzlich als sinnvolles Ziel?
2. Ist der Polizeileitung bekannt, dass die Teilnahme an einer friedlichen nicht bewilligten Demonstration nicht verboten ist?
3. Gibt es eine Grundrechtsschulung für Polizei und speziell für die Einsatzleitungen? Falls ja, wie erklärt der Regierungsrat, dass es trotzdem zur Verletzung der Versammlungs- und Pressefreiheit kam? Falls nein, weshalb nicht?

4. Richtet sich die Kantonspolizei in ihrer Einsatzstrategie nach dem Grundsatz, dass das mildeste zur Verfügung stehende Mittel zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gewählt werden muss? Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass das komplette Unterbinden einer Kundgebung nur als Ultima Ratio in Frage kommt?
5. Wie beurteilt der Regierungsrat die Hinderung der journalistischen Tätigkeit und die Verhinderung einer unabhängigen medialen Einschätzung der Demonstration und des Polizeieinsatzes durch das weiträumige Absperrren des Einsatzgebiets? Wie beurteilt er das absichtliche Blenden von Medienschaffenden, um Aufnahmen vom Polizeieinsatz zu verhindern? Was wird der Regierungsrat unternehmen, damit bei Polizeieinsätzen in Zukunft die Pressefreiheit und eine unabhängige Beobachtung gewährleistet wird?
6. Die über die Medien bereits im Vorfeld verbreitete Warnung vor einer nicht bewilligten Demonstration, die Präsenz der Polizei im Bereich des Barfüsserplatzes und die Durchsagen im Tram, welche die Meidung des Innenstadtbereichs empfahlen, vermittelten den Eindruck einer schwerwiegenden Gefahr für die Bevölkerung vergleichbar beispielsweise mit einer Bombendrohung. Wie wird der Regierungsrat in Zukunft sicherstellen, dass die Kantonspolizei bei ihren Einsätzen verhältnismässig agiert, auf eine Einschüchterung der Bevölkerung verzichtet und im Sinne der Grundrechte einen «chilling effect» vermeidet?
7. Wie erklärt der Regierungsrat das Abschiessen von Gummigeschossen auf eine friedliche eingekesselte Menschengruppe, teilweise sogar auf Kopfhöhe und aus nächster Nähe, wie Videoaufnahmen zeigen? Notwehr kann hier kaum geltend gemacht werden, schliesslich rannten die Polizist\*innen mit gezückten Schlagstöcken auf die friedliche Demonstration zu, um ein Transparent zu beschlagnahmen, und nicht umgekehrt.
8. Warum werden Gummigeschosse sogar präventiv eingesetzt, obwohl dieses Mittel aufgrund der Gefahr schwerer Körperverletzungen bis zum Verlust des Augenlichts und zu Todesfällen durch Treffer im Halsbereich in Deutschland und weiteren Ländern Europas verboten ist?
9. Die Kantonspolizei verfügt über mobile Lautsprecheranlagen, mittels derer Durchsagen auch aus grösserer Entfernung hörbar und verständlich wären. Weshalb wurden diese am 8. März 2023 nicht eingesetzt und stattdessen ein Megaphon verwendet, wodurch die Durchsagen laut Zeugenberichten gar nicht oder nur bruchstückhaft verstanden werden konnten?
10. Kurz vor Mitternacht drangen ca. 20 vollausgerüstete Polizist\*innen in ein Gebäude der Universität ein und unterzogen die dort anwesenden Personen erkennungsdienstlichen Massnahmen. Da die Universität dazu keine Bewilligung erteilt hat, muss für das Durchsuchen nicht öffentlicher Räume ein Grund gemäss § 51 des Polizeigesetzes vorliegen, also eine "gegenwärtige erhebliche Gefahr" oder die Suche nach einer Person, die "in Gewahrsam genommen werden darf". In Gewahrsam genommen wurde niemand. Welche angebliche «gegenwärtige erhebliche Gefahr» ging von den Menschen aus, die mit einer Legitimationskarte der Universität das Gebäude betreten hatten?  
Die Polizei begründete in den Medien, dass sie die Securitas im Rahmen einer Einbruchsmeldung unterstützte. Wenn das zutrifft, warum wurden die Personen den gleichen erkennungsdienstlichen Massnahmen unterzogen wie die Demonstrationsteilnehmenden?
11. Auf welcher Rechtsgrundlage wurden erkennungsdienstliche Massnahmen wie Fotografien von allen kontrollierten Demoteilnehmenden erstellt, obwohl die Identität mittels Ausweiskontrolle bereits festgestellt werden konnte? Wozu dienen diese Aufnahmen? Wann werden sie gelöscht?
12. Wer hat wann und wie Entscheidungen über die Einsatzstrategie (inkl. mediale Warnung im Vorfeld) und die Einsatzmittel gefällt? Wer trägt die Verantwortung dafür, dass die ersten zwei «D» des 3D-Prinzips übersprungen und bereits vor der Kundgebung angekündigt wurde, auf Durchgreifen zu setzen?
13. Welche Konsequenzen hat das Vorgehen der Polizei gegen friedliche Demonstrationsteilnehmende für die Polizeileitung und Einsatzleitung? Welche Konsequenzen hat das Abfeuern von Gummigeschossen aus nächster Nähe und auf Kopfhöhe für die beteiligten Polizist\*innen, die Einsatzleitung und die Polizeileitung? Welche Konsequenzen hat das Behindern der journalistischen Arbeit für Polizeileitung und Einsatzleitung?
14. Ein Tag nach dem übermässig harten Vorgehen gegen die 8. März-Kundgebung, liess die Basler Polizei den Fanmarsch der durch die Nähe zur rechtsextremen Szene bekannten Slovan Bratislava-Anhänger laufen. Wie erklärt der Regierungsrat diese offensichtliche Ungleichbehandlung der beiden Kundgebungen? Stellt das für den Regierungsrat einen Verstoß gegen das Rechtsgleichheitsgebot dar?

Tonja Zürcher

**Interpellation Nr. 28 betreffend FHNW-Studierende zahlen extra, da Brugg und Olten nicht im U-ABO Geltungsbereich liegen**

23.5107.01

Die neun Hochschulen der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) liegen in deren vier Trägerschaftskantonen. Bei der Gründung der FHNW waren die Schaffung von Synergien sowie die Förderung der Mobilität der Studierenden Teil der verfolgten Ziele. Die FHNW wirbt auf Regionalzügen oder S-Bahnen mit ihrem Logo und thematisiert so regelmässig die mit einem Studium an der FHNW einhergehende reale Mobilität.

Viele Studierende der FHNW nehmen tatsächlich an Vorlesungen und Seminaren an verschiedenen FHNW Hochschulen teil. Dabei fällt auf, dass der tatsächlichen Mobilität bei den Tarifen des öffentlichen Verkehrs für

Studierende der FHNW keine Rechnung getragen wird: das Umweltabonnement des Tarifverbands Nordwestschweiz deckt die Fahrt bis Tecknau (auf dem Weg nach Olten), respektive bis Frick (auf dem Weg nach Brugg). Von diesen beiden Bahnhöfen aus muss von den Studierenden jeweils ein separates Billett, oder Streckenabonnement gelöst werden. Dies generiert für die Betroffenen weitere Transportkosten in erheblicher Höhe.

Die Zahl der Studierenden aus den beiden Basel, die in Hochschulen der FHNW ausserhalb des eigenen Kantonsgebiets studieren, oder dort zumindest einen Teil ihres Studiums absolvieren, ist gross. Gleiches dürfte für Studierende aus Solothurn oder dem Aargau gelten, die eine Hochschule ausserhalb ihres Tarifgebiets besuchen. Eine Lösung, um die zusätzlichen Transportkosten, die ausserhalb des Geltungsbereichs des Umweltabonnements anfallen, zu senken oder sie anders, zugunsten der Studierenden, zu regeln, wäre begrüssenswert.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Erkennt der Regierungsrat, dass durch die geltende Regelung für betroffene Studierende erhebliche Kosten anfallen, denen sie aufgrund der Lokalität der Hochschulen nicht ausweichen können?
2. Ist der Regierungsrat gewillt, mit den involvierten Parteien und den zuständigen Transportunternehmen bzw. deren Tarifverbänden und der SBB eine Lösung zu finden, die zu geringeren Kosten für die Studierenden führt?
3. Über welchen Weg und welche Gremien kann der Regierungsrat diese ungünstige Ausgangslage mit den involvierten Parteien thematisieren?
4. Sieht der Regierungsrat andere Möglichkeiten, um die aktuelle Situation zugunsten der Studierenden zu lösen?

Annina von Falkenstein

**Interpellation Nr. 29 betreffend den Bauvorhaben eines Flüssiggasterminals, eines Gasspeichers und eines Reservekraftwerks des Gasverbundes Mittelland**

23.5108.01

Wie die 'Sonntagszeitung' am 24. Dezember 2022 berichtete, plant der Gasverbund Mittelland (GVM) den Bau eines Flüssiggasterminals, eines Gasspeichers und eines Reservekraftwerkes, welches der Bund gedenkt, zu errichten. Das Terminal sollte bereits bis Ende 2023 fertiggestellt sein. Erdgas ist wie Erdöl und Kohle ein fossiler Brennstoff und stösst bei seiner Verbrennung das klimaschädliche Treibhausgas CO<sub>2</sub> aus. Beim Transport tritt aufgrund sogenannter Leckage das 80-mal potentere Treibhausgas Methan aus. Die Förderung von Erdgas erfolgt häufig durch die besonders umweltschädliche Frackingtechnik. Ausserdem stammt ein substantieller Teil des gehandelten Erdgases aus Diktaturen wie Katar oder Aserbaidschan. Da Erdgas bei Raumtemperatur gasförmig ist, müssen immense Energiemengen aufgewendet werden, um Erdgas zu verflüssigen. Die Internationale Energieagentur (IEA) hat in einem Bericht 2021 ausdrücklich darauf hingewiesen, dass zur Einhaltung der 1.5-Grad-Grenze bzw. des Pariser Abkommens keine neue fossile Infrastruktur mehr gebaut werden dürfe. Das gilt auch für Erdgas, dessen Verbrauch analog zu Kohle und Erdöl rasch gesenkt werden muss.

Der GVM ist eine Aktiengesellschaft, welche vollständig im öffentlich-rechtlichen Besitz von 15 Lokalversorgern ist, die IWB ist eines davon und ist gemäss neuem Geschäftsbericht 2020/2021 im Verwaltungsrat neben dem Vizepräsidentium mit sechs weiteren Personen vertreten.

Basel-Stadt hat am 27. November 2022 den Gegenvorschlag zur Klimagerechtigkeits-Initiative angenommen und damit beschlossen, dass der Kanton bis 2037 klimagerecht sein muss. Der Regierungsrat und sämtliche Institutionen des Kantons sind daher verpflichtet, alles dafür zu machen, um dieses Ziel zu erreichen. Die IWB muss den Klimaschutz ernst nehmen und muss sich demnach gegen die Bauvorhaben der GVM AG einsetzen.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie nimmt die IWB Einfluss auf die Tätigkeiten des Gasverbundes Mittelland?
2. Hat die IWB die Pläne des Gasverbundes Mittelland für den Bau eines Flüssiggasterminals, eines Gasspeichers und eines Reservekraftwerks bereits besprochen?
3. Wie kann sichergestellt werden, dass ausschliesslich erneuerbares Gas umgeschlagen und gelagert wird, also synthetisches Gas ausschliesslich aus erneuerbaren Quellen und Biogas aus Rest- und Abfallstoffen?
4. Falls Punkt 3 nicht sichergestellt werden kann, welche Massnahmen gedenkt der Regierungsrat und/oder IWB zu unternehmen, um die genannten Vorhaben des Gasverbundes Mittelland zu verhindern?

Nicola Goepfert

**Interpellation Nr. 30 betreffend zunehmendem Linksextremismus – was unternimmt die Regierung dagegen?**

23.5109.01

Vergangene Ereignisse wie bspw. die Ausschreitungen an einer unbewilligten Demonstration von linksextremen Klimachaoten im Februar 2023 in der Basler Innenstadt, bei welcher es u.a. zu verletzten Polizisten und einer massiven Gewalteskalation von gekommen ist, zeigen, dass in Basel-Stadt der Linksextremismus zu einem zunehmenden Problem wird. Auch das jüngste Beispiel, die unbewilligte Demonstration Linksextremer am 8. März 2023 bestätigt diese Annahme.

Auch der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) weist in seinen Berichten darauf hin, dass es in der Schweiz ein massives Problem mit Linksextremismus gibt. Im Jahr 2021 wurden gut 200 linksextreme Ereignisse gezählt, wovon über ein Drittel (81) gewalttätig waren.

Der Basler Extremismus-Experte Samuel Althof verglich bereits 2021 in einem Interview im BLICK die Linksaktivisten mit einer Sekte. Und sagte: «Sie sehen die Menschen, die sie angreifen, nur noch als Teil des Systems, das sie bekämpfen». Dadurch sei die Hemmschwelle tiefer: «Das Opfer wird gar nicht mehr als Mensch gesehen, so entsteht ein enorm hohes Gewaltpotenzial».

In Basel muss man mittlerweile, nicht nur wegen der Vielzahl an Demonstrationen Linksextremer, von einer ganzen Anschlagserie sprechen. So führte die Staatsanwaltschaft schon vor gut 1 ½ Jahren im Zusammenhang mit dem Bundesasylzentrum diverse Verfahren. Dort wurden Mitarbeitende von Linksextremen angegriffen. Firmen, die mit dem Ausbau des Gefängnisses zu tun hatten, wurden Opfer von Brandanschlägen.

Leider kann nicht festgestellt werden, dass die Regierung des Kantons Basel-Stadt sich diesem Thema annehmen will, obschon der Linksextremismus eine Gefahr für die Rechtsordnung in unserem Land ist. Leider wird, so muss man zumindest die Medienmitteilung im Nachgang zum Polizeieinsatz vom 8.3.2023 von SP, Grünen, BastA!, Jungen Grünem Bündnis und weitere linken Organisationen verstehen, der Linksextremismus in Basel-Stadt weitgehend toleriert. So passt auch, dass seit mehreren Wochen am Petersplatz neben dem Universitätsgebäude eine Flagge auf öffentlichem Grund zwischen zwei Bäumen hängen darf, die eine Solidarisierung mit Hausfriedensbrechern an Basler Schulen, die u.a. am Gymnasium Münster eine Aula besetzten, zum Ausdruck brachten. Wäre die Flagge von einer nicht der linken Szene zugeordneten Gruppierung aufgehängt worden, hätte der Kanton oder die Universität wohl schon längststens die Beseitigung in Angriff genommen.

Im Legislaturplan 2021-2025 des Regierungsrates werden diverse Ziele, Schwerpunkte und Massnahmen festgehalten. Das Wort «Sicherheit» findet sich dort nirgends. Ebenfalls fehlt ein Abschnitt zur Bekämpfung von Linksextremismus.

Der Interpellant bittet den Regierungsrat deshalb um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wieso findet sich im Legislaturplan kein Schwerpunkt zur Sicherheit oder der Bekämpfung des Linksextremismus?
2. Ist für den Regierungsrat die Bekämpfung des Linksextremismus unwichtig?
  - 2.1. Falls ja: Ist dies dem Umstand geschuldet, dass Parteien, welche im Regierungsrat und im Grossen Rat fast die Mehrheit stellen, sich des Öfteren mit Linksextremen solidarisieren?
  - 2.2. Falls nein, welche konkreten Massnahmen sind umgesetzt worden, um den Linksextremismus zu bekämpfen?
3. Ist der Regierungsrat bereit, dass Thema «Bekämpfung des Linksextremismus», was nachweislich im Zusammenhang mit der steigenden Anzahl an Demonstrationen in Basel steht, in den nächsten Legislaturplan aufzunehmen?
  - 3.1. Falls nein: Weshalb nicht?

Das Kontrollorgan über den Staatsschutz im Kanton Basel-Stadt hielt in seinem Bericht 2021 fest, dass die Basler Abteilung des Nachrichtendienstes des Bundes, die FG9, dem «Extremismus nicht zu wenig Aufmerksamkeit schenken würde».

4. Ist diese Aussage dem Umstand geschuldet, dass dem Kontrollorgan mit dem der SP nahestehenden Staatsrechtsprofessor Markus Schefer, eine Person vorsteht, welche das Problem der Demonstrationen und Ausschreitungen in der Regel banalisiert?
5. Ist dieser Aussage weiter dem Umstand geschuldet, dass eine weitere Person des Kontrollorgans Mitglied der SP ist, welche mit ihrer Medienmitteilung zum besagten Polizeieinsatz vom 8.3.2023, den Pfad der Rechtsstaatlichkeit verlassen hat?

Seit mehreren Wochen hängt zwischen zwei Bäumen vor der Universität am Petersplatz eine Flagge, welche sich mit illegalen Schulbesetzungen – wie diejenige am Gymnasium Münsterplatz von vor einigen Wochen – solidarisiert.

6. Weshalb haben der Kanton und die Universität nicht schon längststens, wie in anderen Fällen sonst immer, diese Flagge beseitigt?
7. Liegt dies daran, dass der Regierungsrat auf dem linken Auge blind ist und derartige illegale Aktionen ganz grundsätzlich immer dann toleriert, wenn sie von links kommen?

Pascal Messerli

### Interpellation Nr. 31 betreffend Teuerung Swisslosfonds

23.5110.01
------------

Die aktuelle Teuerungssituation wirkt sich intensiv auf die Veranstaltungsplanung aus. Es handelt sich bei den Kostensteigerungen im Veranstaltungsbereich um weit mehr als die "normale" Teuerung, auch aufgrund der Folgen der Pandemie. So sind Veranstaltende z.B. mit 30% Mehrkosten für Bühne, Technik & Personal konfrontiert. Gerade das gastronomische Angebot warten seit der Pandemie mit viel höheren Preisen auf. Diese lassen sich nicht 1:1 auf die Kundschaften abwälzen, da gerade zu hohe Preise dazu führen, dass Veranstaltungen nicht mehr besucht werden. Bei kostenlosen Veranstaltungen ist die Situation nochmal prekärer, dort lassen sich keine Kosten (ausser Gastro teilweise) auf die Kundschaft abwälzen. Die Mehrkosten müssen also durch Mehreinnahmen von Dritten

gedeckt werden. Die Veranstaltungsbranche wurde von der Pandemie hart getroffen. Viel Personal hat die Branche verlassen, ganze Betriebe haben sich zurückgezogen und die Reserven von Veranstaltenden und Betrieben wurden aufgebraucht. Jetzt wo die Veranstaltungsbranche endlich wieder volle Kraft voraus in die Zukunft starten könnte, verhindert die Teuerung eine attraktive Veranstaltungslandschaft. Ein Umfeld, in das von Stiftungen und Firmen nur ungern investiert wird. Viele renommierte Festivals in Basel, erhalten grosszügige Unterstützung vom Swisslosfond. Einige davon wiederkehrend seit mehreren Jahren. Die Beiträge aus dem Fond bleiben dabei, wie von Seiten Regierung klar kommuniziert auf einem ähnlichen bis gleichen Niveau. Mit den extremen Preissteigerungen auf dem Markt, ist es für Veranstaltende mit den gleichbleibenden Beiträgen kaum möglich, die Veranstaltungen durchzuführen. So leiden beispielsweise sowohl das Jugendkulturfestival als auch die Bscene und viele andere Swisslosgeldbezügler\*innen unter den enormen Kostensteigerungen. Dazu kommt die Problematik, dass Drittgelder selten für wiederkehrenden Ausgaben gesprochen werden, sondern Stiftungen und Gönner vermehrt einmalig einzelne thematische Projekte unterstützen. Doch gerade wiederkehrende Veranstaltungen sind bedeutend für die Kulturlandschaft der Region. Sie bieten attraktive Auftrittsmöglichkeiten, Zugang zu neuem Publikum und regen zum lokalen und interkulturellen Austausch an. Das wiederkehrende darf in der Kulturstadt Basel kein Nachteil werden, sondern ergänzt den Nährboden aus dem auch Neues entstehen kann. Aus Sicht der Interpellantin sind die Wirkungsfelder und die Ausstrahlung von Festivals wie dem Jugendkulturfestival von immenser Bedeutung für die Region und ihre kulturelle Arbeit. Wir müssen Wert darauf legen, sie auch in schwierigen Phasen zu unterstützen. Die Interpellantin stellt deshalb folgenden Fragen an die Regierung.

1. Wie ist das Bewusstsein der aktuellen Situation der Veranstaltungsbranche in der Regierung?
2. Gibt es Strategien, die Veranstaltenden ohne Finanzhilfe oder Staatsbeitrag in der aktuellen Situation zu unterstützen?
3. Findet ein Austausch zwischen den Veranstaltenden und den Verantwortlichen vom Swisslosfonds sowie aus den Abteilungen Kultur und Jugend & Familie statt?
4. Kennt der Swisslosfonds einen Teuerungsausgleich?
5. Wie plant der Swisslosfonds mit höheren Anträgen aufgrund der Teuerung umzugehen?
6. Inwiefern sind der Swisslosfond BS und BL im Austausch betreffend dem Mehraufwand der Veranstaltenden?
7. Gibt es neben dem Swisslosfond andere Möglichkeiten für die Regierung um die Veranstaltenden zu unterstützen?

Jo Vergeat

#### **Interpellation Nr. 32 betreffend Attacke der Kantonspolizei mit Gummigeschoss-Einsatz auf Menschenan-sammlung ohne Fluchtweg**

23.5111.01
------------

Am 8. März hinderte die Kantonspolizei Basel-Stadt eine Kundgebung an der Versammlung und missachtete damit die Versammlungs- und Meinungsäusserungsfreiheit. Als sich die rund 200 Menschen dennoch versammeln wollten, griff die Kantonspolizei mit einem der drastischsten Mittel durch, welches sie hat: Sie hat die friedliche Demonstration beinahe umgehend von beiden Seiten mit einem Grossaufgebot eingekesselt und mit Gummigeschossen beschossen. Die Demonstration war friedlich und gab von sich aus keinen Anlass für ein solches Handeln. Auch unbewilligte Demonstration unterstehen dem Grundrechtsschutz, eine fehlende Bewilligung ist ebenfalls keine ausreichende Rechtfertigung für ein solches Vorgehen. Während dem die rund 200 Personen eingekesselt waren, kam es laut Medien- und Zeugenberichten zu einem Einsatz von Gummischrot. In der Medienmitteilung der Kantonspolizei beschreibt die Polizei den Hergang wie folgt: «Die Polizei kündigte Zwangsmittel an, die sie dann auch einsetzen musste, als die Menge trotz Warnung mit einem Transparent auf die Polizeikette zuschritt.»

Am 12. März ist auf Twitter ein Video aufgetaucht, welches diese Beschreibung des Hergangs entkräftigt.<sup>1</sup> Auf dem Video ist zu sehen, wie die eingekesselten Personen nahe beieinander stehen. Von der einen Seite rennen rund ein Dutzend Polizist:innen in Vollmontur auf die eingekesselten Menschen zu. Die eingekesselten und wehrlosen Menschen geraten in Panik. Rufe werden laut, während die Polizist:innen den Demonstrierenden zwei Transparente entwenden. Die zuvor stehende Menge weicht nun panisch zurück und schreit ängstlich. Während die Polizist:innen die Transparente entwenden konnten und wieder zurück rennen, fallen drei Schüsse und Gummigeschosse werden abgefeuert. Auf dem Video kann die Distanz zu den Demonstrierenden abgeschätzt werden. Diese beträgt zwei bis vier Meter.

Daher bittet die Interpellantin den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist es korrekt, dass die Kantonspolizei Gummigeschosse nur auf eine Distanz von 20m anwenden darf?
2. Ist es korrekt, dass die Kantonspolizei Gummigeschosse nur anwenden darf, wenn keine milderen Mittel zur Verfügung stehen?
3. Bestreitet die Regierung, dass die im Video sichtbaren Gummigeschosse aus einer kleineren Distanz als 20m abgefeuert wurden?
4. Welche Konsequenzen hat die Missachtung einer Mindestdistanz für die Polizist:innen?
5. Werden diese Konsequenzen für die im Video sichtbaren Polizist:innen gezogen, welche Gummigeschosse aus nächster Nähe abfeuert?

6. Im Online-Medium Bajour macht Prof. Dr. iur Markus Schefer, Professor für Staats- und Verwaltungsrecht folgende Aussage: «Die Verwendung von Gummischrot ohne Gefahr der Ausübung von Gewalt oder anderen schweren Verletzungen hochwertiger Rechtsgüter dürfte kaum zu rechtfertigen sein.» Stimmt die Regierung der Aussage von Herrn Professor Schefer zu?
7. Kann die Regierung auf dem Video ebenfalls erkennen, dass von der Menschenmenge weder Gewalt ausgeübt noch schwere Verletzungen hochwertiger Rechtsgüter ausgeübt werden?
8. Was sind die Schlüsse, die die Regierung aus dieser Erkenntnis zieht? Wird es eine unabhängige Untersuchung der Polizei-Attacke geben?
9. Kann die Regierung auf dem Video ebenfalls erkennen, dass die Menschenmenge zum Zeitpunkt des Polizeiangriffs nicht «auf die Polizeikette zuschritt», anders als in der Medienmitteilung mitgeteilt?
10. Welche Konsequenzen werden intern gezogen, wenn die Kantonspolizei in einer Medienmitteilung falsche Aussagen macht?
11. Wer entschied darüber, dass die Polizist:innen auf die eingekesselte Menge zurannten? Und was hat dieser unverhältnismässige Einsatz für Konsequenzen für die Entscheidungsträger:innen?
12. Die Polizei trägt eine Mitverantwortung für die friedlichen Kundgebungsteilnehmenden und muss stets verhältnismässig agieren. Was sind die Konsequenzen, welche Frau Regierungsrätin gegenüber der Kantonspolizei zieht, nachdem sie feststellen konnte, dass die Polizei die Sicherheit von friedlichen Kundgebungsteilnehmenden und die Auslösung einer Panik innerhalb einer Menschenansammlung ohne Fluchtweg riskierte?
13. Ist der Regierung der Art. 36 «Einschränkungen von Grundrechten» der Bundesverfassung bekannt und kann die Regierung bestätigen, dass auch unbewilligte Demonstrationen einen Grundrechtsschutz tragen und eine Teilnahme an diesen nicht strafbar ist und demnach keine Einkesselung und einen Gummigeschoss-Beschuss rechtfertigt, wenn die Demonstration friedlich ist?

<sup>1</sup> <https://twitter.com/BaselBlock/status/1634874647090180096?s=20> (13.03.23)

Raffaella Hanauer

## Schriftliche Anfragen

### 1. Schriftliche Anfrage betreffend rechtswidrige Reklamereiter als Stolperfallen

23.5097.01
------------

In den letzten Jahren nahm die Anzahl Reklamereiter im öffentlichen Raum offensichtlich markant zu. Sie stehen meistens in Fussgängerzonen und auf Trottoirs, also auf Allmend. Der Unterzeichnende ist sich bewusst, dass Geschäfte auf wirkungsvolle und kostengünstige Werbemöglichkeiten angewiesen sind, vor allem, wenn vielerorts Baustellen es gerade erschweren, Laufkundschaft zu gewinnen. Hier besteht jedoch ein Interessenskonflikt zwischen den Geschäften und den Bedürfnissen von sehbehinderten Personen. Reklamereiter sind für diese gefährliche Stolperfallen. Je nach Standort und Trottoirbreite sind Reklamereiter auch Hindernisse für Rollstühle, Kinderwagen und Zufussgehende. Abgesehen davon sind die vielen Reklamereiter auch unschön für das Stadtbild.

Die Nutzung der Allmend durch Reklamereiter (und Warenauslagen) ist gemäss dem Gesetz über die Nutzung des öffentlichen Raumes (NöRG) § 10 bewilligungspflichtig und kostet eine jährliche Gebühr. Die Bewilligungserteilung erfolgt durch die Allmendverwaltung. Bewilligungsfähig sind gemäss der Verordnung zum NöRG (NöRV) § 43 allerdings nur Reklamereiter von Geschäften, die sich nicht im Erdgeschoss befinden oder die nicht über ein von der Strasse einzusehendes Schaufenster verfügen. Die allermeisten in Basel aufgestellten Reklamereiter gehören jedoch zu Geschäften, die sich im Erdgeschoss befinden und über ein von der Strasse einsehbares Schaufenster verfügen. Somit wird eine grosse Anzahl Reklamereiter in Basel rechtswidrig auf Allmend aufgestellt.

Zudem entsteht dadurch eine Rechtsungleichheit zwischen Geschäften, die rechtswidrig ohne Bewilligung und ohne Bezahlung von Gebühren Reklamereiter im öffentlichen Raum aufstellen und Geschäften, die sich an die Regeln halten und keine Reklamereiter aufstellen einerseits und auch gegenüber den Geschäften, die für ihre Reklamereiter eine Bewilligung beantragen und eine jährliche Gebühr bezahlen andererseits.

In diesem Zusammenhang bittet der Unterzeichnende den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Kontrollen bezüglich der Rechtmässigkeit und Bewilligung von Reklamereitern führte die Allmendverwaltung in den letzten fünf Jahren in Basel durch? (aufgeteilt nach Jahr)
2. Wie viele rechtswidrige Reklamereiter (ohne Bewilligung) wurden in den letzten fünf Jahren durch die Allmendverwaltung festgestellt? (aufgeteilt nach Jahr)
3. Wie viele Geschäfte oder Personen wurden in den letzten fünf Jahren wegen rechtswidrigen Reklamereitern verwarnet? (aufgeteilt nach Jahr)
4. Wie viele Geschäfte oder Personen wurden in den letzten fünf Jahren wegen rechtswidrigen Reklamereitern verzeigt oder gebüsst? (aufgeteilt nach Jahr)



5. Ist der Regierungsrat bereit, Massnahmen gegen den Wildwuchs von rechtswidrig aufgestellten Reklamereitern in Basel zu treffen?
6. Welche Möglichkeiten könnte der Kanton Geschäften bieten, um Nachteile durch Baustellen vor ihren Geschäften/Schaufenstern auszugleichen?

Christoph Hochuli

## 2. Schriftliche Anfrage betreffend Häufigkeit und Anwendung des § 16 des Steuergesetzes

23.5115.01

Der Kanton Basel-Stadt kennt im Gesetz über die direkten Steuern unter dem Kapitel VI. «Steuererleichterungen für Unternehmen» einen Paragraphen, auf dessen Grundlage neu gegründeten Personenunternehmen steuerliche Erleichterungen gewährt werden können, sofern sie «den wirtschaftlichen Interessen» des Kantons dienen. Diese Erleichterungen können bis zu 10 Jahre lang gültig bleiben. Die Kompetenzen dazu liegen allein beim Regierungsrat, ebenso die Festlegung der Bedingungen, welche die entsprechenden Unternehmen im Gegenzug erfüllen müssen. Über die tatsächlich getroffenen Vereinbarungen, die Anzahl betroffener Unternehmen oder den Umfang der Steuererleichterungen ist öffentlich nichts bekannt. Mit der Einführung der OECD-Mindeststeuer wird die Möglichkeit der Anwendung der Steuererleichterungen nach Ansicht des Fragenden zudem in Frage gestellt. Da der Paragraph grundsätzlich eine starke Ungleichbehandlung der Unternehmen darstellt, wäre die Umsetzung der OECD-Mindeststeuer ein guter Anlass, um diese Ungleichbehandlung zu beenden.

Ich bitte den Regierungsrat daher um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie oft wurde der §16 in den letzten 20 Jahren angewendet?
2. Kann der Regierungsrat eine Aufschlüsselung der Häufigkeit der Anwendung der Erleichterungen nach Jahren darstellen?
3. Wie viele Unternehmen haben in den letzten 20 Jahren von diesen Steuererleichterungen nach §16 profitiert?
4. Kann der Regierungsrat die betroffenen Unternehmen nach Jahren und Branchen aufschlüsseln?
5. Bei wie vielen im Kanton ansässigen Unternehmen ist eine Steuererleichterung nach §16 noch in Kraft?
6. Wie oft wurde in den letzten 20 Jahren die Steuererleichterung über den gesamten möglichen Zeitraum von 10 Jahren gewährt?
7. Nach welchen Kriterien vergibt der Regierungsrat die Steuererleichterungen?
  - a. Spielt dabei auch die Branchenzugehörigkeit eine Rolle?
  - b. Stehen bestimmte Branchen im Fokus?
8. Hat der Regierungsrat einen minimalen Steuersatz festgelegt, den alle Unternehmen zahlen müssen, auch wenn sie von einer Steuererleichterung profitieren?
9. Wie stellen sich die Bedingungen dar, welcher der Regierungsrat für die Unternehmen zur Erfüllung festlegt?
  - a. Was für eine Rolle spielt dabei die Anzahl von zu schaffenden Arbeitsplätzen?
  - b. Wie wird die Höhe des Umsatzes der Unternehmen gewichtet?
  - c. Wie wird die Branchenzugehörigkeit der Unternehmen gewichtet?
10. Wie werden die «wirtschaftlichen Interessen» konkret ausgelegt und wie werden Aspekte wie bspw. die CO2-Bilanz eines Unternehmens gewichtet?
11. Was für Auswirkungen hat die Einführung der OECD-Mindeststeuer auf den §16?
  - a. Wird dieser hinfällig, da bisher Unternehmen profitiert haben, welche wahrscheinlich auch von der OECD- Mindeststeuer betroffen wären?
  - b. Ist eine Anwendung der Steuererleichterungen mit der Einführung der OECD-Mindeststeuer noch zulässig?

Beda Baumgartner

## 3. Schriftliche Anfrage betreffend Rückbaupflicht Osttangente nach Inbetriebnahme des Rheintunnels

23.5118.01

Die Realisierung des Rheintunnels kann eine grosse Entlastung für die Wohnquartiere entlang der Osttangente bedeuten. Deshalb wurde das Projekt von Basel-Stadt auch begrüsst und als Erfolg gefeiert - hatte doch der Bund ursprünglich einen oberirdischen Spurausbau bei der Osttangente geplant.

Aus diversen Gründen (klimapolitische Überlegungen, baustellenbedingte Freiraumeinschränkungen, verkehrspolitische Beurteilung) erwächst dem Projekt aktuell jedoch Widerstand.

Der Grosse Rat hat im Juni 2020 der Regierung eine Motion<sup>1</sup> zur Erfüllung überwiesen, die den Rückbau der Osttangente nach der Realisierung des Rheintunnels fordert.

Aufgrund der aktuellen Situation ist es - um das Projekt nicht zu gefährden - zwingend nötig, sicherzustellen, dass die Verkehrsentlastung auf der heutigen oberirdischen Autobahn und die Stadtreparatur unverzüglich nach Inbetriebnahme des Rheintunnels auch wirklich erfolgen.

Der Kanton ist gemäss USG, 13,42 klar dazu verpflichtet, im Falle eines Ausbaus von Hochleistungsstrassen im Kantonsgebiet für entsprechende Entlastung zu sorgen. Das ist in diesem Fall nur möglich, wenn die Osttangente entsprechend als Autobahn nicht weiter zur Verfügung steht und die heutige Anzahl Autospuren zumindest klar reduziert wird.

Ich bitte die Regierung, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie weit ist die Umsetzung der Motion 19.52811 fortgeschritten? Wie will die Regierung die Motion erfüllen? Mit physischem Rückbau oder mit Umnutzung der heutigen Autospuren? (Oder wie sonst?)
2. Kann der Regierungsrat den Bund dazu anhalten, den Rückbau der heutigen Autobahn im Projekt "Rheintunnel" auch seinerseits in die Planung zu implementieren<sup>3</sup> und dies auch zu kommunizieren?
3. Wird die Regierung bei der Planaufgabe zum Ausführungsprojekt ablehnend Stellung nehmen, wenn Entlastungs-/Umnutzungs-/Rückbaupläne zur heutigen Osttangente weiterhin fehlen?
  - a. Falls nein: Wie will der Regierungsrat anders sicherstellen, dass der Rheintunnel zur versprochenen Entlastung der anliegenden Wohnquartiere führt?
  - b. Falls ja: Welche Mittel kann und wird die Regierung im Weiteren ausschöpfen, um die Einhaltung des kantonalen Gesetzes gewährleisten zu können?
  - c. Wird die Regierung darauf hinwirken, dass die Osttangente auf BS-Boden (insbesondere die Schwarzwaldbrücke) nach dem Bau des Rheintunnels in kantonales Eigentum umgewidmet wird, so dass fortan der Kanton über die Nutzung des Bauwerks bestimmen kann?

<sup>1</sup> <https://grosserrat.bs.ch/ratsbetrieb/geschaefte/200109730>

<sup>2</sup> [https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts\\_of\\_law/780.100](https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts_of_law/780.100)

<sup>3</sup> [https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1960/525\\_569\\_555/de](https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1960/525_569_555/de), Art. 26 Abs. 3

Lisa Mathys

**4. Schriftliche Anfrage betreffend provisorische Verschiebung der Tramhaltestelle Spalendor, um das Befahren der Spalenvorstadt für Velofahrende stadteinwärts zu ermöglichen**

23.5120.01

Der Wunsch, dass Velofahrende die Spalenvorstadt stadteinwärts vollständig durchfahren können, ist seit langem bekannt und unbestritten. Die Spalenvorstadt ist deshalb auch im Teilrichtplan Velo in beiden Richtungen sowohl als Basis- wie auch als Pendleroute festgelegt. Letztmals berichtete der Regierungsrat am 18. Oktober 2022 zum Anzug Heiner Vischer und Konsorten und beantragte, den Anzug stehen zu lassen (siehe: Anzug Heiner Vischer und Konsorten betreffend Befahren der Spalenvorstadt für Fahrradfahrer stadteinwärts (dem Regierungsrat vom Grossen Rat überwiesen am 21. Januar 2009, Geschäft 08.5297).

Im Zusammenhang mit der Beratung des «Ratschlags zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf der Achse Burgfelderstrasse – Missionsstrasse – Spalenvorstadt im Zuge von Sanierungsmassnahmen sowie Bericht zum Anzug Heiner Vischer und Konsorten betreffend Befahren der Spalenvorstadt für Fahrradfahrer stadteinwärts» vom 6. Juni 2018 (Geschäft 18.0443.01) wurde der Abschnitt D Spalenvorstadt (Birmannsgasse bis Schützenmatte/Petersgraben) zurückgestellt. Gemäss Bericht der UVEK muss es das Ziel sein, eine möglichst breit abgestützte und akzeptierte Lösung zu finden. In der Zwischenzeit haben nun Gespräche und ein Augenschein mit Pro Velo beider Basel und dem Bau- und Verkehrsdepartement in dieser Sache stattgefunden. Möglich wäre ein Provisorium, allerdings nur, wenn die nicht mehr benötigte Trottoirabsenkung an der Spalenvorstadt 45 aufgehoben würde. Diese wurde ursprünglich für Fussgänger/innen für den inzwischen aufgehobenen Fussgängerstreifen erstellt. In der Zwischenzeit wurde nicht nur der Fussgängerstreifen aufgehoben, sondern auf der anderen Strassenseite wurde aus Sicherheitsgründen bei der Trottoirabsenkung sogar eine Abschränkung montiert. Damit hat die Trottoirabsenkung ihren Zweck vollends verloren.

Würde die bestehende Trottoirabsenkung aufgehoben, könnte die Haltestelle stadteinwärts einige Meter vorgezogen werden und vorübergehend könnten Rollstuhlfahrende mit den in den Trams vorhandenen Rampen ein- und aussteigen. So gäbe es hinter dem Tram den nötigen Haltebereich für Velos, wenn das Tram in der Haltestelle steht. Damit könnte das Befahren der Spalenvorstadt für Velofahrende stadteinwärts ermöglicht werden.

In diesem Zusammenhang bittet der Unterzeichnende den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie ist der aktuelle Stand der Planung der Umgestaltung der Tramhaltestelle Spalendor gemäss BehiG? Bis wann ist mit dem Ratschlag zu rechnen und wann ist die Umsetzung vorgesehen?
2. Kann provisorisch die bestehende Trottoirabsenkung beim Spalendor in Richtung Stadt (Spalenvorstadt 45) aufgehoben werden, damit die Tramhaltestelle einige Meter vorgezogen werden kann?
3. Würde die Erhöhung des Trottoirs zu einem Problem der Entwässerung führen?
4. Kann mit dieser Massnahme hinter den stadteinwärts stehenden Trams ein Haltebereich für Velos eingerichtet und das Befahren der Spalenvorstadt für Velofahrende stadteinwärts ermöglicht werden?

5. Lässt sich diese Massnahme über den allgemeinen Strassenunterhalt oder die «Zweite Rahmenausgabenbewilligung Langsamverkehr» (Geschäft 22.0668) finanzieren?
6. Ist der Regierungsrat bereit, einen entsprechenden Projektauftrag für ein Provisorium zu erteilen und bei Bedarf Pro Velo und Behindertenverbände in die Erarbeitung und Umsetzung miteinzubeziehen?

Christoph Hochuli